



13 | 2008

61. Jg., 27.–28. KW, 11. Juli 2008

ifo Schnelldienst

Zur Diskussion gestellt

*Walther Otremba, Alfons Kühn und Anne Zimmermann,
Karl Diller*

- Sozialabgaben oder Steuern senken: Was ist der richtige Ansatz der Steuer- und Finanzpolitik?

Forschungsergebnisse

Eckart Bomsdorf

- Höhere Erwerbsbeteiligung der Frauen und Rente mit 67 stabilisieren Arbeitskräfteangebot – Modellrechnungen für die Bundesrepublik Deutschland bis 2050

Daten und Prognosen

Josef Lachner

- Neupositionierung der Fachhändler in Non-Food-Bereichen

Ludwig Dorffmeister

- Finanzkrise bremst europäische Bauwirtschaft

ifo Schnelldienst ISSN 0018-974 X

Herausgeber: ifo Institut für Wirtschaftsforschung e.V.,
Poschingerstraße 5, 81679 München, Postfach 86 04 60, 81631 München,
Telefon (089) 92 24-0, Telefax (089) 98 53 69, E-Mail: ifo@ifo.de.

Redaktion: Dr. Marga Jennewein.

Redaktionskomitee: Prof. Dr. Dr. h.c. Hans-Werner Sinn, Dr. Chang Woon Nam,
Dr. Gernot Nerb, Dr. Wolfgang Ochel, Dr. Martin Werding.

Vertrieb: ifo Institut für Wirtschaftsforschung e.V.

Erscheinungsweise: zweimal monatlich.

Bezugspreis jährlich:

Institutionen EUR 225,-

Einzelpersonen EUR 96,-

Studenten EUR 48,-

Preis des Einzelheftes: EUR 10,-

jeweils zuzüglich Versandkosten.

Layout: Pro Design.

Satz: ifo Institut für Wirtschaftsforschung.

Nachdruck und sonstige Verbreitung (auch auszugsweise):

nur mit Quellenangabe und gegen Einsendung eines Belegexemplars.

Zur Diskussion gestellt

Sozialabgaben oder Steuern senken: Was ist der richtige Ansatz der Steuer- und Finanzpolitik?

3

Sozialabgaben senken oder Steuersätze reduzieren: Wie sollte die Teilhabe an den Einkommenssteigerungen im Zuge des Aufschwungs für die Bürger realisiert werden, und wer sollte am meisten davon profitieren? *Walther Otremba*, Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie, plädiert vor allem für Steuerentlastungen. Seiner Meinung nach seien regelmäßige Korrekturen am Steuersystem, insbesondere die Abflachung des Progressionstarifs, unverzichtbar, um Wachstums- und Beschäftigungsverluste zu vermeiden. Allerdings schließt er Beitragssatzsenkungen in den Sozialversicherungssystemen nicht aus. Bei der Steuer gehe es in Wahrheit nicht um Senkungen oder gar Geschenke, sondern darum, »heimliche«, durch das Zusammenwirken von Inflation und progressivem Steuertarif entstehende Steuererhöhungen zurückzugeben. Insofern werde die Diskussion auch fast immer unter falschen Vorzeichen geführt – es gebe keine echte Substitutionsbeziehung zwischen Steuern und Beiträgen. Die Frage, ob auch Sozialbeiträge gesenkt werden könnten, sollte hingegen von der Umsetzung konkreter kostendämpfender Reformen auf der Ausgabenseite abhängig gemacht werden. *Alfons Kühn* und *Anne Zimmermann*, Deutscher Industrie- und Handelskammertag, unterstreichen, dass haushaltspolitische Spielräume für Abgabentlastungen bestehen. Entlastet werden sollten zunächst die Leistungsträger im mittleren Einkommensbereich. Zum anderen müsse es auch darum gehen, Entlastungen im unteren Einkommensbereich vorzusehen. Für die Bezieher mittlerer Einkommen wäre eine Tarifkorrektur bei der Einkommensteuer zielführend, die insbesondere die fatalen Auswirkungen der »kalten Progression« mit ihren »heimlichen Steuererhöhungen« beseitigt. Da eine Tarifkorrektur für Bezieher niedriger Einkommen, die keine Einkommensteuer bezahlen, keine Entlastungen bringen würde, sollte hier bei den Sozialabgaben angesetzt werden. Im Ergebnis müsse das verfügbare (steuerliche) Entlastungsvolumen auf den Steuer- und den Beitragsbereich aufgeteilt werden. Für *Karl Diller*, Bundesministerium der Finanzen, besteht vor allem bei den Sozialabgaben Handlungsbedarf. Die Einkommensteuer sei in den Jahren 1998 bis 2005 mehrfach gesenkt worden, und infolge dessen habe Deutschland mit 22% heute eine der niedrigsten Steuerquoten unter den Industrienationen. Es bestehe die Gefahr, dass der Staat entweder seine Aufgaben für die Menschen nicht mehr angemessen erfüllen könne oder diese erneut über Verschuldung finanzieren müsse. Dagegen seien die Sozialversicherungsabgaben für die Mehrzahl der Familien die stärkste Belastungsgröße. Gerade die Bezieher kleiner Einkommen würden durch weitere Steuersenkungen gar nicht erreicht, eine Senkung der Sozialversicherungsbeiträge dagegen würde sie unmittelbar und deutlich entlasten.

Forschungsergebnisse

Höhere Erwerbsbeteiligung der Frauen und Rente mit 67 können Arbeitskräfteangebot stabilisieren – Modellrechnungen für die Bundesrepublik Deutschland bis 2050

11

Eckart Bomsdorf

In den Diskussionen um den demographischen Wandel in Deutschland stehen meist der Bevölkerungsumfang sowie der Jungen- und der Altenquotient im Vordergrund. Es ist aber sinnvoll, auch die Entwicklung des Umfangs der Bevölkerung im Erwerbsalter zu betrachten. *Eckart Bomsdorf*, Universität zu Köln, analysiert den demographischen Wandel in Deutschland bis zum Jahr 2050 im Hinblick auf das Arbeitskräftepotential und führt auf unterschiedlichen Annahmen bezüglich Fertilität, Migration und Mortalität beruhende Modellrechnungen durch. Für die Entwicklung der Anzahl der Erwerbspersonen sind zudem Veränderungen in der

Erwerbsbeteiligung der Frauen berücksichtigt worden. Die Ergebnisse zeigen, dass sowohl eine Erhöhung der Regelaltersgrenze in der gesetzlichen Rentenversicherung als auch eine höhere Frauenerwerbsbeteiligung die durch den demographischen Wandel bedingten Lücken bei den Erwerbspersonen schließen helfen können. Ohne die Rente mit 67 sowie eine höhere Erwerbsbeteiligung der Frauen würde nicht nur die Anzahl der Erwerbstätigen, sondern auch der Anteil der Erwerbspersonen an der Bevölkerung, also die Erwerbsquote, in kaum vertretbarem Maß sinken.

Daten und Prognosen

Neupositionierung der Fachhändler in Non-Food-Bereichen

22

Josef Lachner

Der Fachhandel einiger Non-Food-Sparten sah sich Ende der neunziger Jahre, teilweise auch noch zu Beginn dieses Jahrzehnts, mit einer deutlichen Veränderung seines Marktumfeldes und einem Rückgang der Umsätze konfrontiert. So waren die nominalen Umsätze des Einzelhandels in den Non-Food-Bereichen in Deutschland im Jahr 2007 um 5,4% geringer als im Jahr 1997; real, also zu konstanten Verkaufspreisen betrachtet, ergab sich eine Verringerung um 2,7%. Die Zahl der Unternehmen ist deutlich geschrumpft. Die Zahl der dem Facheinzelhandel zuzurechnenden Unternehmen ist im Einzelhandel mit Schreib- und Papierwaren, Schul- und Büroartikeln in den zurückliegenden zehn Jahren um etwa 20% und im Spielwareneinzelhandel um nahezu 10% gesunken. Den verbliebenen Firmen scheint es jedoch gelungen zu sein, Konzepte und Strategien zu entwickeln und zu verfolgen, die es ihnen ermöglichen, ihre Marktposition zu behaupten und teilweise sogar auszubauen.

Finanzkrise bremst europäische Bauwirtschaft

Ausgewählte Ergebnisse der Euroconstruct-Sommerkonferenz 2008

27

Ludwig Dorffmeister

Mitte Juni 2008 trafen sich Vertreter der im Forschungs- und Beratungsnetzwerk Euroconstruct zusammengeschlossenen Institute in Rom zu ihrer Sommerkonferenz. Nach ihren Analysen dürfte das europäische Bauvolumen in diesem Jahr zum ersten Mal seit 2002 wieder leicht schrumpfen. Eine Ursache dafür ist die Immobilienkrise in den USA und die damit einhergehende internationale Finanzkrise, die europaweit zu massiven Verlusten im Finanzsektor geführt haben. Insbesondere die Liquiditätskrise – die fehlende Bereitschaft der Kreditinstitute sich untereinander Geld zu leihen – löste in vielen europäischen Ländern einen deutlichen Anstieg der Bauzinsen aus. Überdies veranlasste die Angst vor weiteren Einbußen die Banken dazu, ihre Kreditbedingungen drastisch zu verschärfen. Zusammen mit der allgemeinen konjunkturellen Abkühlung sind dies keine guten Vorzeichen für die prozyklische Bauwirtschaft. Insgesamt bleibt festzuhalten, dass die europäischen Baumaßnahmen in diesem und im nächsten Jahr auf dem Niveau von 2007 verharren dürften. Wachstumsimpulse kommen dabei vom Tief- und in deutlich geringerem Umfang vom Nichtwohnhochbau. Der bedeutendste der drei Teilsparten, der Wohnungsbau, wird dagegen merklich schrumpfen. Für 2010 ist aber sowohl für den Wohn- als auch für den Gesamtsektor mit einer Erholung zu rechnen. Die negativen gesamtwirtschaftlichen Entwicklungen in einigen der großen europäischen Flächenstaaten haben naturgemäß erhebliche Auswirkungen auf die Bauwirtschaft in Europa. Während in den zehn kleineren westeuropäischen Ländern bis 2010 im Durchschnitt von einem geringfügigen Wachstum auszugehen ist, sind dagegen die Aussichten in den vier osteuropäischen Staaten nach wie vor ausgezeichnet.

Sozialabgaben senken oder Steuersätze reduzieren: Wie sollte die Teilhabe an den Einkommenssteigerungen im Zuge des Aufschwungs für die Bürger realisiert werden, und wer sollte am meisten davon profitieren?

Steuerentlastungen schließen Beitragssatzsenkungen in den Sozialversicherungssystemen nicht aus

Steuern und Sozialbeiträge erfüllen in unserem Gemeinwesen unterschiedliche Aufgaben und haben unterschiedliche Belastungs- und Verteilungswirkungen. Wirtschafts- und finanzpolitisch sinnvolle Reformoptionen erschließen sich deshalb nur, wenn man diese systematischen Unterschiede konsequent berücksichtigt.

Steuerentlastungen sind bei progressiver Einkommensbesteuerung immer wieder wirtschaftspolitisch geboten

Eine entscheidende Voraussetzung für jedwede Art von Abgabensenkung ist, dass die Nachhaltigkeit der öffentlichen Finanzen gewahrt bleibt. In dieser Hinsicht haben wir in den letzten Jahren gewaltige Fortschritte erzielt. Erstmals seit der Wiedervereinigung hat Deutschland im letzten Jahr wieder einen geringen Haushaltsüberschuss für den Gesamtstaat erzielt. Einschlägige Schätzungen legen nahe, dass der gesamtstaatliche Haushalt auch strukturell so gut wie ausgeglichen war. Auch die gesamtstaatlichen Einnahmen- und Ausgabenrelationen stehen wieder in einem vernünftigen Verhältnis. Die Staatsquote konnte bis 2007 auf unter 44% reduziert werden, ein Niveau, das zuletzt Ende der 1980er Jahre erreicht wurde. Bei der Steuerquote konnte die im internationalen Vergleich niedrige Marke von 22% gehalten werden.

Ließe man dieses »ausgeglichene System« über die nächsten Jahre unverändert weiterlaufen, käme der Konsolidierungserfolg aus zwei Gründen in Gefahr:

Zum einen würde das progressive Steuersystem dafür sorgen, dass der Privatsektor einen immer größeren Teil der Wirtschaftsleistung an den Staat abführt; dieser Ressourcenentzug würde zur Bremse für Investition und Beschäftigung und damit auch für die langfristige Einnahmentwicklung des Staates. Zum anderen würden die zunächst wachsenden Einnahmen die Verführung vergrößern, mit dem Gebot der Sparsamkeit und der Effizienz zu brechen und auch die Ausgaben entsprechend auszuweiten. Am Ende stünden Wachstumsschwäche und neue Defizite.

Der Ressourcenentzug durch das progressive Steuersystem ist auch deshalb so leistungsschädlich, da die Besteuerung die *nominellen* Einkommenssteigerungen erfasst und somit nicht berücksichtigt, dass die Realeinkommensentwicklung aufgrund der Preisentwicklung hinter der nominellen zurückbleibt (»kalte Progression«). Hierbei handelt es sich im Übrigen keinesfalls um ein exklusives Problem für die so genannten »Besserverdiener«. Im Gegenteil: Die Progressionswirkung des Steuersystems ist beim aktuellen Tarifverlauf gerade für relativ niedrige Einkommen am höchsten. Damit verbunden ist ein weiterer Gesichtspunkt, der für das Diskussionsthema von Bedeutung ist: Zwar ist für Geringverdiener die *Durchschnittsbelastung* mit Sozialabgaben höher als die *durchschnittliche* Steuerlast. Bei der Grenzbelastung, also der Belastung der Einkommenszuwächse sieht das Bild aber ganz anders aus: Bereits ein Alleinverdiener mit knapp 18 000 € Jahresbruttoeinkommen hat höhere Abzüge an Steuern für jeden zusätzlich verdienten Euro als an Sozialversicherungsbeiträgen. Bei einem verheirateten Alleinverdiener trifft dies bereits ab einem Jahreseinkommen ab 26 000 € zu.



Walther Otremba*

* Dr. Walther Otremba ist Staatssekretär beim Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie.

All dies muss eine verantwortungsvolle Wirtschafts- und Finanzpolitik in den

Blick nehmen. Um Wachstums- und Beschäftigungsverluste zu vermeiden, sind deshalb regelmäßige Korrekturen am Steuersystem unverzichtbar. Die letzten gab es im Zeitraum 2001–2005 (dreistufige Steuerreform). In diesem Zeitraum sank die Quote aus Lohnsteuer und veranlagter Einkommensteuer zum Bruttoinlandsprodukt von 7,2 auf 5,7%. Im Zuge des dynamischen Wirtschaftsaufschwungs ist diese Quote bis Ende 2007 bereits wieder auf 6,5% angestiegen. Im Jahr 2009 wird sie voraussichtlich wieder ziemlich nahe an dem Wert vor der letzten Steuerreform liegen. Und dies sind nur die Entwicklungen im gesamtwirtschaftlichen Aggregat. Bei einem alleinstehenden Geringverdiener, der stets zwei Drittel des Durchschnittseinkommens verdient hat, dessen Bruttoeinkommen also zwischen 2004 und 2008 von rund 17 600 € auf 18 500 € gestiegen ist, sind die Steuermehrbelastungen 2008 bereits so groß, dass sie die Entlastungen bei den Sozialbeiträgen in den letzten beiden Jahren kompensieren. Seine »persönliche Abgabenquote« steigt also gegenüber 2004 bereits wieder an. Der Handlungsbedarf zeichnet sich also schon jetzt mehr als deutlich ab.

Gegen Steuerentlastungen wird häufig ins Feld geführt, dass viele Haushalte am unteren Ende der Einkommensskala nur wenig oder gar keine Steuern zahlten und deshalb von Entlastungen überhaupt nicht profitierten. Diese verteilungspolitische Argumentation halte ich jedoch für zu statisch. Man kann nicht jede notwendige Steuerreform mit Umverteilungsvorstellungen überfrachten. In erster Linie sollte es darum gehen, die sich kumulierenden Mehrbelastungen aufgrund der »kalten Progression« zurückzugeben. Wer in den letzten Jahren durch Steuern nur wenig mehr oder gar nicht belastet wurde, kann dementsprechend nicht mit überproportionalen Entlastungen rechnen. Die Frage der Verteilungswirkungen sollte in diesem Sinne vielmehr dynamisch betrachtet werden. Es geht um die Teilhabe an den Einkommenssteigerungen im Zuge des Aufschwungs und darum, dass auch bei fortgesetztem Wirtschaftswachstum das Steuersystem Nettoeinkommenszuwächse entsprechend der erbrachten Leistungen ermöglicht.

Spielräume für Beitragssatzsenkungen durch Kosteneinsparungen erschließen

Mein Plädoyer für Steuerentlastungen schließt Beitragssatzsenkungen in den Sozialversicherungssystemen nicht aus. Auch hier müssen die Spielräume und die möglichen ökonomischen Effekte sachlich ausgelotet werden. Bereits die Entwicklungen der Zahlen in den letzten Jahren zeigen für die Sozialbeiträge jedoch eine deutlich andere Dynamik als bei den Steuern. Die Sozialbeitragsquote ist von 18,3% des nominalen BIP im Jahr 2003 auf 16,5% im Jahr 2007 gesunken. Neben der typischerweise unterproportionalen Dynamik der Bemessungsgrundlage hat zu dieser Entwick-

lung natürlich die deutliche Reduzierung der Beitragssätze zur Arbeitslosenversicherung entscheidend beigetragen. Entsprechend des Koalitionsvertrags konnten die Lohnsatzkosten von 42% im Jahr 2003 auf unter 40% abgesenkt werden, was die Beitragszahler inzwischen um gut 25 Mrd. € entlastet haben dürfte.

Bei der Diskussion um weitere Beitragssatzsenkungen muss ferner beachtet werden, dass den Sozialbeiträgen konkrete Leistungen der Sozialversicherungen gegenüberstehen. Die *conditio sine qua non* für weitere Beitragssatzsenkungen sind dementsprechend Kosteneinsparungen in den Sozialversicherungen selbst, wie zum Beispiel durch eine effizientere Ausrichtung der Arbeitsmarktpolitik. In der Arbeitslosenversicherung mag dafür sogar noch weiterer Spielraum vorhanden sein, der auch entschlossen genutzt werden muss. In den anderen Sozialversicherungszweigen sehe ich diesen bislang dagegen nicht, bzw. er ist – wie z.B. im Gesundheitswesen – nur schwer zu realisieren. Die aktuelle Tendenz geht sogar eher in die entgegengesetzte Richtung: So ist in der Rentenversicherung nach der außerplanmäßigen Rentenerhöhung für dieses und nächstes Jahr eine Beitragssatzsenkung nicht vor 2012 möglich. Auch in der Kranken- und Pflegeversicherung stehen die Zeichen eher auf Steigerung der Leistungsausgaben.

Zugegeben, auch Beitragssenkungen hätten positive Anreizwirkungen für die Wirtschaft, da sie Arbeitnehmer und Arbeitgeber entlasten. Allerdings werden durch Beitragssenkungen nicht alle Marktleistungen gleichermaßen erfasst, sondern lediglich sozialversicherungspflichtige Beschäftigte. Dagegen bleiben beispielsweise Selbständige, Unternehmer oder Beamte außen vor. Insgesamt sprechen deshalb sowohl die ökonomische Notwendigkeit als auch die real existierenden Finanzspielräume eher dafür, dass aktuell Handlungs- und Korrekturbedarf vor allem bei den Steuern gegeben ist.

Grenzen für die Steuerfinanzierung »versicherungsfremder« Leistungen

Da die Spielräume für Beitragssatzsenkungen beim Status quo der Sozialversicherungssysteme eng begrenzt sind, lautet ein gängiger Vorschlag, solche Spielräume durch eine Umschichtung der Steuermehreinnahmen in die Sozialkassen neu zu schaffen. Was ist davon zu halten?

Zunächst muss man feststellen, dass bei dieser Variante die Zielkonflikte zwischen Umverteilung und Anreizverbesserung in der Steuer- und Abgabenpolitik offen zu Tage treten. Das direkte steuerliche Einwirken auf Arbeitsanreize und Investitionen konkurriert hier unmittelbar mit dem Prinzip der gleichmäßigen Entlastung der Arbeitnehmerinnen und der Arbeitnehmer und der Betriebe durch eine Reduzierung der Beiträge.

Grundsätzlich erscheint es vernünftig, so genannte »versicherungsfremde« Leistungen in der Sozialversicherung über Steuern zu finanzieren. Wenn der Staat den Sozialversicherungen bestimmte Zahlungsverpflichtungen auferlegt, die mit dem Versicherungsprinzip von Beitrag und Leistung nichts zu tun haben, sollte er dafür auch einstehen. Genau dies tut der Staat bereits in erheblichem Umfang, z.B. mit der Anrechnung von Kindererziehungszeiten in der gesetzlichen Rentenversicherung, die der Staat jährlich mit 11,5 Mrd. € bezuschusst. Nicht alle Leistungen der Sozialversicherungen lassen sich allerdings so klar als »versicherungsfremd« identifizieren. Häufig bestehen erhebliche Abgrenzungs- und Quantifizierungsprobleme, die auch an den unterschiedlichen Schätzungen zu ihrem Gesamtvolumen deutlich werden. Nach Berechnungen des Ifo Instituts übersteigen beispielsweise die staatlichen Zuschüsse an die gesetzliche Rentenversicherung deren »versicherungsfremde Leistungen« bereits um 44,6 Mrd. €. In der gesetzlichen Krankenversicherung können zwar ebenfalls erhebliche versicherungsfremde Leistungen identifiziert werden (z.B. beitragsfreie Mitversicherung von Kindern), welche bislang auch nur zu einem geringen Teil staatlich gedeckt sind. Im Zuge der Gesundheitsreform werden die staatlichen Zuschüsse aber auch hier immerhin auf 14 Mrd. € im Jahr 2016 anwachsen. So richtig also aus ordnungspolitischer Sicht die Steuerfinanzierung versicherungsfremder Leistungen erscheint, so wenig lässt sich also präzise abgrenzen, ob der Staat sich bislang zu viel oder zuwenig daran beteiligt.

Von größerer Bedeutung erscheint mir jedoch ein zweites Argument gegen eine allzu großzügigen Ausweitung staatlicher Zuschüsse an die Sozialversicherungen: Beitragszahlungen sind ein sehr wichtiger Hebel, um Sparsamkeit und Effizienz auf der Leistungsseite zu fördern. Pflichtversicherte haben zwar keine echte Wahl, sie haben aber zumindest den Anspruch darauf, dass sich der Staat als ihr »Agent« für gute und kostengünstige Leistungen in den gesetzlichen Systemen einsetzt. Die Erfahrungen mit bisherigen Umfinanzierungsaktionen mahnen hier in der Tat zur Vorsicht. Insgesamt wurden von 1998 bis 2007 zwei Mehrwertsteuerpunkte, 3,6 Cent Tabaksteuererhöhung sowie Ökosteuern mit einem Gesamtvolumen von 19,2 Mrd. € beschlossen, was einem Gesamtaufkommen an zusätzlichen Steuern von rund 37 Mrd. € entspricht. In Beitragspunkten bei der Sozialversicherung umgerechnet sind das grob gerechnet 5 Prozentpunkte. Der Gesamtsozialversicherungsbeitrag (Beiträge von Arbeitnehmern und Arbeitgebern zur Renten-, Arbeitslosen-, Pflege- und Krankenversicherung) ging hingegen lediglich von 41,9% im Jahr 1997 auf rund 40% in diesem Jahr zurück. Im Saldo resultierte also aus einer steuerfinanzierten Beitragssenkung von insgesamt 5 Prozentpunkten eine effektive Verminderung des Gesamtsozialversicherungsbeitrages um lediglich 1,9 Prozentpunkte.

Rein rechnerisch ließe sich zwar argumentieren, dass ohne die Steuerfinanzierung heute der Gesamtsozialversicherungsbeitrag bei 45 Prozentpunkten läge und insofern die Steuerfinanzierung einen drastischen Beitragsanstieg verhindert habe. Aber die umgekehrte Argumentation ist näher liegend: Die Steuerfinanzierung von Sozialversicherungen hat den Einspardruck in den Sozialkassen erheblich gemindert, so dass von der vorgesehenen Gesamtentlastung effektiv nur 40% übrig geblieben sind.

Fazit: Steuerentlastungen und Beitragssenkungen gegen falsche Alternativen

Wer eher Leistungsfähigkeit, Dynamik und Vorwärtstreben fördern will, plädiert in der Regel für niedrige direkte Steuern, insbesondere für die Abflachung des Progressionstarifs. Wer dagegen möglichst gleichmäßig den sozialversicherungspflichtigen Arbeitnehmern etwas zukommen lassen will – und seien es auch nur Klein- oder Kleinstbeträge, setzt sich für Abgabensenkungen ein. Insofern wird die Diskussion aktuell auch fast immer unter falschen Vorzeichen geführt – es gibt keine echte Substitutionsbeziehung zwischen Steuern und Beiträgen. Bei der Steuer geht es in Wahrheit nicht um Senkungen oder gar Geschenke, sondern zunächst allein darum, »heimliche«, durch das Zusammenwirken von Inflation und progressivem Steuertarif entstehende Steuererhöhungen zurück zu geben. Die Frage, ob auch Sozialbeiträge gesenkt werden können, sollte hingegen von der Umsetzung konkreter kostendämpfender Reformen auf der Ausgabenseite abhängig gemacht werden.



Alfons Kühn*



Anne Zimmermann**

Entlastung bei der Einkommensteuer und bei den Sozialabgaben

Die deutschen Arbeitnehmer haben nach mehreren Jahren mit geringen Bruttolohnsteigerungen seit Beginn des Jahres 2008 deutlich besser verdient. Die Gehaltszuwächse werden jedoch mit überproportionalen Sozialversicherungs- und Lohnsteuerabzügen hart abgebremst. Obendrein klettern die Verbraucherpreise im selben Zeitraum noch viel schneller nach oben als die Löhne. Die These, dass der Staat der Gewinner des Aufschwungs ist und dass die Früchte der dynamischen Entwicklung bei den Staatsbürgern nicht oder disproportional ankommen, lässt sich mit harten Zahlen belegen. Der Ruf nach »Mehr Netto« ist also durchaus berechtigt, und die Große Koalition ist auch die richtige Adresse für diese Forderung, denn unter ihrer Regie sind die Steuern für Verbraucher wie nie zuvor erhöht worden, ohne dass es zu ambitionierten Ausgabenbeschränkungen oder fühlbaren Verbesserungen kam.

Vier wichtige Fragen

Besonders jetzt, in Zeiten bevorstehender Bundes- oder Landtagswahlen, erkennen die politischen Parteien eine zu hohe Abgabenbelastung der Bürger und versprechen Abhilfe im Falle des Wahlsieges. Hinzu kommen Gutachten von Instituten und andere Verlautbarungen, die – zumeist gruppenspezifisch – eine hohe Belastung ausweisen und Modelle zur Beseitigung dieses Missstandes anbieten. Ausgehend von der Prämisse einer zu hohen Abgabenlast stellen sich für die Steuer- und Finanzpolitik im Wesentlichen folgende Fragen:

* RA Alfons Kühn ist Bereichsleiter Finanzen, Steuern beim Deutschen Industrie- und Handelskammertag.

** Dr. Anne Zimmermann ist Referatsleiterin Soziale Sicherung, Vereinbarkeit Familie und Beruf im Bereich Kommunikation, Gesellschaftspolitik beim Deutschen Industrie- und Handelskammertag.

- Wie hoch ist der finanzielle Spielraum für eine Entlastung, ohne die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte zu gefährden?
- Wer soll entlastet werden?
- Auf welche Weise kann die als notwendig erkannte Entlastung möglichst zielgenau und ohne konzeptionsbedingten Systembruch erreicht werden?
- Welche kurzfristigen und langfristigen Effekte sind mit dem einen oder anderen Ansatz zu erwarten?

Entlastung ist finanzierbar

Schon die erste Frage, ob und ggf. in welchem Umfang sowie ab welchem Zeitpunkt haushaltspolitische Spielräume für Abgabenerleichterungen bestehen, ist politisch stark umstritten. Festzuhalten ist jedoch, dass ein solcher Spielraum besteht. Seit mehreren Jahren steigen die Steuereinnahmen. Besonders hoch sind die Steigerungen in der Lohnsteuer mit Zuwächsen von ca. 10% – deutlich mehr als in den amtlichen Schätzungen prognostiziert. Ähnliche Einnahmeverbesserungen können auch einzelne Zweige der gesetzlichen Sozialversicherung verzeichnen.

Die Frage nach der anvisierten Zielgruppe für die Entlastung ist von grundsätzlicher Bedeutung. Im Gegensatz zu Steuerentlastungen mindern Beitragssenkungen im Sozialversicherungsbereich die individuellen Anwartschaften und Leistungsansprüche. Zu kleine Anwartschaften müssten später im Leistungsfall durch zusätzliche Sozialtransfers aus öffentlichen Kassen aufge bessert werden. Wenn also bei den SV-Beiträgen gekürzt wird, muss der Fiskus beispielsweise bei den versicherungsfremden Leistungen viel mehr als bisher einspringen. Der Steuertransfer in die sozialen Sicherungssysteme müsste also ausgebaut werden. Aber auch das ist haushaltspolitisch machbar, wenn man die Ausgabenzuwächse im Bundeshaushalt an anderer Stelle bremst.

Bei wem anfangen?

Wem sollte also schwerpunktmäßig »Mehr Netto vom Brutto« verbleiben? Dies sind zunächst die Leistungsträger im mittleren Einkommensbereich – Arbeitnehmer und Selbständige –, deren nominale Einkommenszuwächse seit vielen Jahren wegen des progressiven, mit dem berüchtigten »Mittelstandsbau« versehenen Einkommensteuertarifs überproportional weggesteuert wurden. Zum anderen muss es auch darum gehen, Entlastungen im unteren Einkommensbereich vorzusehen. Dies wäre zugleich ein Beitrag zur Entschärfung der Mindestlohn-Debatte, da Arbeitnehmer selbstverständlich »Netto« rechnen. Die Anpassung der Grund- und Kinderfreibeträge sind dafür die richtigen Instrumente.

Für die Bezieher mittlerer Einkommen wäre eine Tarifkorrektur bei der Einkommensteuer zielführend, die insbeson-

dere die fatalen Auswirkungen der »kalten Progression« mit ihren »heimlichen Steuererhöhungen« beseitigt.

Da eine Tarifkorrektur für Bezieher niedriger Einkommen, die keine Einkommensteuer bezahlen, keine Entlastungen bringen würde, sollte hier bei den Sozialabgaben angesetzt werden. Im Ergebnis muss also das verfügbare (steuerliche) Entlastungsvolumen aufgeteilt werden auf den Steuer- und den Beitragsbereich.

Entlastung bei der Einkommensteuer

Bei der Einkommensteuer ist eine Korrektur des Tarifverlaufs vordringlich, möglicherweise auch in mehreren Schritten. Viele ledige Facharbeiter liegen mittlerweile im Bereich des Spitzensatzes. Ob dies durch einen konsequent linear-progressiven Tarifverlauf mit abgesenktem Eingangsteuersatz oder über einen Stufentarif realisiert wird, müsste anhand der rechnerischen Auswirkungen der einzelnen Modelle entschieden werden. Eine Flat Tax Kirchhofscher Ausprägung sollte man als langfristiges Ziel und Referenzkonzept nicht aus den Augen verlieren.

Wichtig ist hier jedoch, solange es nicht zu einer Flat Tax kommt, den Einkommensteuertarif »auf Räder« zu stellen, um die bei allgemein steigendem Einkommensniveau aus dem progressiven Tarifverlauf resultierenden heimlichen Steuererhöhungen zu vermeiden. Dazu müssen die Eckwerte des Tarifs regelmäßig an die allgemeine Einkommensentwicklung gekoppelt werden. Mit einer derartigen Prüfautomatik wird der Gesetzgeber verpflichtet, den Tarif so strecken, dass die steuerliche Grenz- und Durchschnittsbelastung bei allgemein steigendem Einkommensniveau für Durchschnittsverdiener verträglich bleibt.

Entlastung bei den Sozialabgaben

Von einer periodischen Anpassung des Einkommensteuertarifs hätten Niedrigverdiener keine Vorteile, da sie keine Einkommensteuer zahlen. Dieser Personenkreis würde am ehesten von einer Entlastung bei den Sozialversicherungsbeiträgen profitieren. Allerdings kommt es hier sehr auf die genaue Ausgestaltung an. Eine einfache Umfinanzierung von Beiträgen durch Steuermittel ist mit Vorsicht zu genießen. Die Erfahrung mit solchen »Verschiebebahnhöfen« lehrt, dass unter dem Strich die Steuer- und Abgabenlast insgesamt eher weiter ansteigt.

Hinzu kommt, dass eine einfache Subventionierung von Beiträgen neue Inkonsistenzen begründen kann. Würden beispielsweise für Geringverdiener die Beiträge in der Rentenversicherung ganz oder anteilig übernommen, käme es zu unerwünschten und nicht begründbaren Verteilungswirkungen. Denn es würde nicht überprüft, ob die Empfänger diese Sub-

vention auch tatsächlich benötigen oder neben ihren beitragspflichtigen Einkommen nicht noch weitere Einkünfte, wie etwa aus Kapitalvermögen, haben. Zudem würde der Äquivalenzgedanke der Rentenversicherung weiter untergraben, denn Rentenansprüche entstünden dann in den unteren Einkommensgruppen nicht mehr auf Basis eigener Einzahlungen, sondern durch Zahlung der Gemeinschaft der Steuerzahler.

Mehr Netto für Alle

Ziel muss eine Gesamtabenkung der Summe aus Steuern und Abgaben sein. Potential für Belastungssenkungen im Beitragsbereich liegt vor allem in der Arbeitslosenversicherung. Der Aufbau von rund 1,5 Mill. Arbeitsplätzen in den vergangenen zwei Jahren und die weiter positive Entwicklung am Arbeitsmarkt schaffen dafür den Spielraum. Die Absenkung des Arbeitslosenversicherungsbeitrags auf unter 3% wäre sinnvoll und realistisch.

Weitere Ansätze zur Entlastung der Beitragszahler sollten mit sinnvollen Reformen der Sozialversicherungen einhergehen. In der Kranken- und Pflegeversicherung stellt die Verbindung der Lohneinkommen mit den Krankenkassenbeiträgen ohnehin eine unzulässige Verknüpfung des Arbeitsmarktes mit den Kosten der sozialen Sicherung dar. Diese Lohnkopplung sollte daher aufgehoben und es sollte auf soziale Gesundheits- bzw. Pflegeprämien übergegangen werden. Zur Unterstützung derjenigen, die die resultierenden Pauschalen bzw. Prämien nicht aufbringen können, sind dann steuerliche Zuschüsse zu zahlen. An dieser Stelle ist der Einsatz freier Steuermittel sinnvoll. Denn sie wurden von den finanziell Leistungsfähigeren u.a. über die Einkommensteuer erhoben und gehen so denjenigen zu, die sie tatsächlich benötigen und die auf diese Weise entlastet werden.

Fazit

Die »Leistungsträger«, d.h. die Bezieher mittlerer Einkommen, können und sollten durch Anpassung der Freibeträge und eine Korrektur des einkommensteuerlichen Tarifs »mehr Netto« bekommen.

Da Bezieher niedriger Einkommen nicht von Entlastungen bei der Einkommensteuer profitieren, sollten sie durch Reformen in den Sozialversicherungen entlastet werden. Dabei müssen sinnvolle Systemreformen und der Einsatz vorhandener zusätzlicher Mittel zusammengeführt werden. Die Abkopplung der Beiträge von den Löhnen mit steuerfinanzierter Unterstützung Bedürftiger in der Kranken- und Pflegeversicherung und die Beitragssatzsenkung in der Arbeitslosenversicherung auf knapp unter 3% sind hier konstruktive Schritte.



Karl Diller*

Entlastung durch niedrigere Sozialabgaben

Gestaltende Steuer- und Finanzpolitik

Die Steuer- und Finanzpolitik gehört zu den wichtigsten Instrumenten, mit denen unsere Gesellschaft gestaltet werden kann. Ein attraktives Gemeinwesen braucht gut ausgebildete Menschen, ein funktionierendes Verkehrsnetz, öffentliche Sicherheit, eine leistungsfähige, bürgerfreundliche Verwaltung und einen vorsorgenden Sozialstaat, der den Menschen Sicherheit gibt. Nur unter diesen Bedingungen kann sich ein umweltschonendes, nachhaltiges wirtschaftliches Wachstum entfalten, das unserem Gemeinwesen einen hohen Lebensstandard sichert.

Hier ist der Ansatzpunkt für die Steuer- und Finanzpolitik: Haushaltskonsolidierung ist auch deshalb wichtig, weil Spielräume für Zukunftsinvestitionen geschaffen werden. Und zukunftsorientierte Steuer- und Abgabensysteme verschaffen dem Staat die notwendigen Einnahmen, um seinen Aufgaben nachkommen zu können. Steuer- und Finanzpolitik ist in diesem Verständnis gestaltende, lebensnahe Politik, die auf allen Ebenen unseres Gemeinwesens für die Menschen wirkt.

Konsolidierung legt den Grundstein

Die öffentlichen Haushalte waren zu Beginn dieser Legislaturperiode trotz der Konsolidierungsanstrengungen seit 1998 in einer schwierigen Situation. Die Maastricht-Kriterien (Staatsdefizit, Schuldenstand) wurden seit Jahren nicht eingehalten. Ein hoher Anteil der Steuereinnahmen aller staatlichen Ebenen war allein für Zinszahlungen gebunden und

stand somit nicht mehr für Investitionen und Zukunftsausgaben zur Verfügung.

Deshalb spielt auch für die jetzige Bundesregierung die Haushaltskonsolidierung eine zentrale Rolle. Die staatlichen Ausgaben wurden zurückgeführt, Subventionen abgeschafft. Dadurch sinken die Ausgaben des Bundes in Relation zum BIP, und parallel mit den Bundesausgaben sinkt auch der Staatsanteil insgesamt. Deutschland hat heute mit einer Staatsquote von 43,7% im internationalen Vergleich einen niedrigeren Staatsanteil als der Durchschnitt der EU, niedriger noch als das traditionell staatskritisch orientierte Großbritannien.

Die Konsolidierungsaufgabe ist damit allerdings nicht abgeschlossen. Einnahmen und Ausgaben müssen in Einklang gebracht werden, um die öffentlichen Haushalte auf eine stabile Basis zu stellen. Nur dann ist der Staat auch in Zukunft handlungsfähig. Gerade die Menschen mit kleinen und mittleren Einkünften sind auf einen starken und handlungsfähigen Staat angewiesen. Sie brauchen öffentlich bereitgestellte Leistungen wie Kindergärten, Schulen und Universitäten.

Nur ein Land, das finanzpolitische Spielräume erwirtschaftet und auf Dauer erhält, kann zu Gunsten der Menschen neue Chancen schaffen. Die Haushaltskonsolidierung und ein Etat ohne Neuverschuldung haben deshalb Vorrang. Am Ende steht eine Konsolidierungsdividende. Investitionen in Bildung, der Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen und ein aktivierender, vorsorgender Sozialstaat schaffen die Voraussetzungen für die Bewältigung der Zukunftsaufgaben und mehr Generationengerechtigkeit. Das bedeutet: mehr Netto für unsere Kinder!

Für den Gesamtstaat haben wir 2007 einen ausgeglichenen Haushalt erreicht. Der Bund hat die historische Chance, im Jahr 2011 zum ersten Mal seit 40 Jahren wieder einen Haushalt vorzulegen, der ohne neue Schulden auskommt. Die aufgehäuften Schulden von rund 1 Bill. € allein beim Bund stellen allerdings eine schwere Hypothek für zukünftige Haushalte dar. Die durch eine Rückführung der Neuverschuldung und der Zinslasten entstehenden neuen finanzpolitischen Handlungsspielräume bleiben deshalb eng begrenzt. Diese Handlungsspielräume dürfen nicht für Wahlgewinne hingegeben werden, noch bevor sie erreicht sind. Genau das wäre aber der Fall, wenn wir Steuersenkung »auf Pump« finanzieren würden.

Zukunftsinvestitionen fördern

Haushaltskonsolidierung allein führt nicht zum Erfolg. Wer Wachstum will, muss auch investieren, und zwar in die Menschen in unserem Land. Der Wohlstand in Deutschland wird

* Karl Diller ist Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesministerium der Finanzen.

uns nicht geschenkt, er muss täglich neu von den Menschen erarbeitet werden. Das Wirtschaftswachstum wird entscheidend von der Qualität des Faktors Arbeit bestimmt. Da Deutschland ein an natürlichen Rohstoffen armes Land ist, müssen wir den uns derzeit noch gegebenen Vorteil, das hohe Ausbildungsniveau unserer Arbeitskräfte, sichern und ausbauen. Wir müssen mehr Geld in Bildung, Forschung und Entwicklung sowie in eine leistungsfähige Infrastruktur investieren.

Im internationalen Vergleich sind wir nicht mehr Spitze bei der Bildung. Viele andere Staaten haben aufgeholt und uns auch überholt. Gerade im Bereich der Schulen ist Deutschland schlecht positioniert. Bei den Hochschulen stehen wir etwas besser da, aber auch dort besteht Handlungsbedarf. Ausgaben in diesen Bereichen fügen sich sehr gut in die finanzpolitische Doppelstrategie aus Konsolidierung und Wachstumsförderung ein. Sie sind wesentlicher Bestandteil einer nachhaltigen Finanzpolitik.

Wir haben die Ausgaben für Wissenschaft und Forschung 2008 um 10% erhöht und halten an dem Ziel fest, zusammen mit den anderen staatlichen Ebenen und der Wirtschaft 3% des BIP hierfür bereitzustellen. Dies haben wir auch auf EU-Ebene zugesagt, es ist Bestandteil der Lissabon-Strategie für mehr Wachstum. Wir müssen in eine Infrastruktur investieren, die weiteres Wirtschaftswachstum ermöglicht und auch den Anforderungen einer älter werdenden Gesellschaft gerecht wird.

Auch die Förderung von Familien ist eine Investition in die Zukunft unseres Landes. Noch ist die Förderkulisse nicht optimal. Es gibt zu wenig Betreuungsangebote, die knappen staatlichen Mittel dürfen nicht mit der Gießkanne verteilt werden. Die Geburtenrate in Deutschland muss signifikant ansteigen. Dazu bedarf es bei jungen Menschen eines wachsenden Vertrauens in die Zukunft. Weil es unserer wachsenden Wirtschaft gelingt, immer mehr neue Arbeitsplätze zu schaffen, kehrt auch der Optimismus in die Familien zurück. Das müssen wir unterstützen, indem wir die Rahmenbedingungen für Familien verbessern.

Steuerbelastung deutlich zurückgeführt

Die Struktur der Einnahmenseite des Staates war in vielerlei Hinsicht reformbedürftig: Die Stetigkeit der Einnahmen musste verbessert, Leistungsanreize mussten ebenso wie die internationale Wettbewerbsfähigkeit erhöht und zugleich schädliche Gestaltungsmöglichkeiten eingegrenzt werden. Im Rahmen der Steuerreform 2000 wurde die Einkommensteuerbelastung deutlich verringert. Sowohl der Spitzen- als auch der Eingangssteuersatz wurden erheblich gesenkt. Diese Maßnahmen haben in ihrer Gesamtheit dazu geführt, dass heute nur rund die Hälfte

der privaten Haushalte in Deutschland überhaupt Einkommensteuer zahlt.

Die Einkommensteuer ist in den Jahren 1998 bis 2005 mehrfach gesenkt worden. Der Eingangssteuersatz wurde von 25,9 auf 15%, der Spitzensteuersatz von 53 auf 42% gesenkt. Das Entlastungsvolumen aller steuerlicher Maßnahmen in diesem Zeitraum beträgt in voller Jahreswirkung insgesamt 58,5 Mrd. € jährlich, wovon ein Großteil den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern zugute kam. Die Belastung einer durchschnittlich verdienenden Arbeitnehmerfamilie mit zwei Kindern mit direkten Steuern sank zwischen 1998 und 2007 drastisch. Musste diese Familie 1998 bei einem Jahresarbeitslohn von 24 704 € Lohnsteuer in Höhe von 1 606 € entrichten, waren es im Jahr 2008 bei einem Arbeitslohn von 27 811 € nur noch 1 006 €. Eine Familie mit zwei Kindern zahlt heute unter Berücksichtigung des Kindergelds bis zu einem Bruttoeinkommen von 37 610 € im Ergebnis keine Einkommensteuer mehr.

Auch bei der Diskussion über die Steuerbelastung höherer Einkommen herrschen Missverständnisse vor. In der Öffentlichkeit werden Steuerlast und Steuersatz häufig verwechselt. Im Fokus steht immer die Grenzbelastung, der Einkommensteuertarif wird in der Regel als Grenzsteuerkurve dargestellt. Zwar ist die Grenzbelastung in Hinblick auf Arbeitsanreize wichtig. Über die tatsächliche Steuerlast sagt sie aber nur wenig. So wird bei einem monatlichen Bruttoeinkommen von rund 4 000 € und 13 Monatsgehältern von einem Ledigen wohl eine Grenzsteuerbelastung von 42% erreicht, die Steuerbelastung bezogen auf das Einkommen beträgt aber 23,5%.

Nicht zuletzt als Folge der Steuerentlastungen hat Deutschland mit 22%¹ heute eine der niedrigsten Steuerquoten unter den Industrienationen. Eine noch geringere Steuerquote ist kein Wert an sich. Es besteht die Gefahr, dass der Staat entweder seine Aufgaben für die Menschen nicht mehr angemessen erfüllen kann oder diese erneut über Verschuldung finanzieren muss. Das eine wie das andere kann sich eine richtig verstandene soziale Marktwirtschaft nicht leisten. Außerdem stellt sich die Frage, wer von niedrigeren Steuern profitiert. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, aber auch Rentnerinnen und Rentner, die heute schon keine Steuern mehr zahlen, werden durch weitere Steuersenkungen nicht entlastet.

In dem aktuell zu beobachtenden Wettlauf um die größten Steuergeschenke scheint gerade diese Erkenntnis nicht von allen Seiten geteilt zu werden. Als Grund wird auch das Ergebnis der Steuerschätzung vom Mai 2008 angeführt. Danach ergeben sich für den Bund gegenüber dem geltenden Finanzplan im Zeitraum von 2008 bis 2011 voraussicht-

¹ Wert für 2007 nach der Abgrenzung der Finanzstatistik.

lich Mehreinnahmen von insgesamt etwa 10 Mrd. €. Nicht berücksichtigt wird dabei, dass in diese Berechnung z.B. die Umsetzung des Verfassungsgerichtsurteils zur steuerlichen Abziehbarkeit von Beiträgen für die Kranken- und Pflegeversicherung noch nicht eingeflossen ist. Allein hierdurch reduzieren sich die Einnahmen des Bundes um einen beträchtlichen Milliardenbetrag jährlich. Gleichzeitig wurde seit dem vergangenen Jahr eine Reihe ausgabenwirksamer Entscheidungen getroffen, die im geltenden Finanzplan noch nicht berücksichtigt sind: die Tarifierhöhung im öffentlichen Dienst, die Aussetzung des Riester-Faktors, die Erhöhung des Kinderzuschlags, die Verbesserungen beim Wohngeld usw. Wer vor diesem Hintergrund Spielräume für Steuergeschenke sieht, verweigert den Blick auf die Realität.

Wo besteht Handlungsbedarf?

Noch im Jahr 1998 lagen die Sozialabgaben bei 42,1%. Die negativen Auswirkungen auf dem Arbeitsmarkt waren überdeutlich. Durch die Reformen in diesem Jahrzehnt, auch durch eine verstärkte Steuerfinanzierung von Sozialausgaben, liegt die Belastung mittlerweile wieder bei rund 39%. Die positiven Wirkungen auf dem Arbeitsmarkt sind sehr erfreulich und aktuell unübersehbar.

Deutschland hat heute 1,5 Millionen weniger Arbeitslose als vor drei Jahren, die Arbeitslosenquote lag im Mai erstmals seit November 1992 wieder deutlich unter 8%, und zugleich waren so viele Menschen in Beschäftigung wie nie zuvor, nämlich fast 40 Millionen. Dies ist natürlich nicht ein Erfolg der Politik allein. Entscheidend dafür ist die Leistungsfähigkeit unserer Wirtschaft, welche die unbestreitbaren Vorteile des Standortes Deutschland wieder als Chance wahrnimmt. Aber die Politik hat mit Konsolidierungsmaßnahmen, gezielten Konjunkturimpulsen, Zukunftsinvestitionen, der Unternehmensteuerreform und nicht zuletzt mit notwendigen Reformen der sozialen Sicherungssysteme auch dazu beigetragen. Die Mehrwertsteuererhöhung hat als Teil dieses Gesamtkonzeptes zur Sanierung der öffentlichen Haushalte erst den Spielraum für eine Senkung der Sozialabgaben geschaffen.

Was das Verhältnis von Steuer- und Abgabenbelastung anbetrifft: Bis zu einem Jahresbruttolohn von 40 000 € sind bei Ledigen die Sozialabgaben immer höher als die Steuerbelastung. Bei Ehegatten liegt die Grenze sogar über 60 000 €. Insbesondere für diejenigen, die über mittlere und geringe Einkommen verfügen, ist der Anteil der Sozialversicherungsabgaben zum Teil deutlich höher als die zu zahlende Steuer. Von der bereits erwähnten Familie mit zwei Kindern und 37 610 € Einkommen werden ca. 7 300 € Sozialversicherungsabgaben einbehalten. Zwar konnte die Belastung eines Durchschnittsverdieners mit Sozialabgaben in den letzten Jahren bereits von 21,1% in 2006 auf 19,5% in 2008

gesenkt werden. Gegenüber der Einkommensteuerbelastung für durchschnittliche Einkommen ist die Last der Sozialversicherungsbeiträge aber weiterhin drastisch höher.

Damit wird auch klar, wo der Mehrzahl der Familien der Schuh drückt: Die Sozialversicherungsabgaben sind hier die stärkste Belastungsgröße. Gerade die Bezieher kleiner Einkommen würden durch weitere Steuersenkungen gar nicht erreicht, eine Senkung der Sozialversicherungsbeiträge dagegen würde sie unmittelbar und deutlich entlasten.

Entlastung durch niedrigere Sozialabgaben!

Hohe Sozialabgaben sind nicht nur aus Sicht der privaten Haushalte eine Belastung, weil sie das unter Umständen schon geringe Einkommen noch weiter schmälern. Auch aus beschäftigungspolitischer Sicht besteht Handlungsbedarf: Die Abgaben mindern die Arbeitsanreize für Arbeitnehmer gerade im unteren Lohnsegment, wenn es um die Entscheidung geht, überhaupt legale Arbeit aufzunehmen. Sie verringern das verfügbare Einkommen gerade der Niedrigeinkommensbezieher, die dann ihren Konsum auf das Lebensnotwendige beschränken müssen. Hohe Sozialabgaben sind mit ursächlich für die verbreitet festzustellende Bereitschaft, schwarz zu arbeiten oder arbeiten zu lassen. Und nicht zuletzt belasten hohe Sozialversicherungsabgaben gerade die arbeitsintensiven Unternehmen, beeinträchtigen deren Wettbewerbsfähigkeit, verhindern letztlich die Schaffung vieler Arbeitsplätze für die Menschen in unserem Land.

Natürlich sind die sozialen Sicherungssysteme unverzichtbar. Wir brauchen sie, denn sie sind ein konstitutives Element der sozialen Marktwirtschaft. Aber wir müssen hinterfragen, ob die gewachsenen Strukturen so auf Dauer erhalten bleiben können. Strukturereformen in den sozialen Sicherungssystemen bleiben eine Daueraufgabe. Aber wir werden eben auch die Einnahmenseite daraufhin überprüfen, ob sie wachstumsfreundlicher ausgestaltet werden kann. Sobald die Haushaltslage es zulässt, werden wir die Spielräume nutzen, die durch die Haushaltssanierung – und das heißt auch: durch stabile Steuereinnahmen – entstehen, um die Sozialversicherungsabgaben zu mindern, ohne das Leistungsniveau der sozialen Sicherungssysteme abzusenken.

Höhere Erwerbsbeteiligung der Frauen und Rente mit 67 können Arbeitskräfteangebot stabilisieren

Modellrechnungen für die Bundesrepublik Deutschland bis 2050¹

11

Eckart Bomsdorf*

In den Diskussionen um den demographischen Wandel in Deutschland stehen meist der Bevölkerungsumfang sowie der Jungen- und der Altenquotient im Vordergrund. Es ist aber sinnvoll, auch die Entwicklung des Umfangs der Bevölkerung im Erwerbsalter zu betrachten. Im Folgenden werden der demographische Wandel in Deutschland bis zum Jahr 2050 im Hinblick auf das Arbeitskräftepotential analysiert und auf unterschiedlichen Annahmen bezüglich Fertilität, Migration und Mortalität beruhende Modellrechnungen durchgeführt. Die Ergebnisse zeigen, dass ohne die Rente mit 67 sowie eine höhere Erwerbsbeteiligung der Frauen sowohl die Anzahl der Erwerbstätigen als auch der Anteil der Erwerbspersonen an der Bevölkerung, also die Erwerbsquote, in kaum vertretbarem Maß sinken würde.

In den Diskussionen um den demographischen Wandel in Deutschland und seine Folgen stehen meist der Bevölkerungsumfang sowie der Jungen- und der Altenquotient im Vordergrund. Vernachlässigt wird mitunter die Bevölkerung im mittleren Alter, d.h. beispielsweise im Alter von 20 bis unter 65 Jahren, die so genannte Bevölkerung im Erwerbsalter. Sollen jedoch die Folgen des demographischen Wandels nicht allein am Bevölkerungsumfang oder am Wert des Altenquotienten bzw. des Jungenquotienten festgemacht werden, ist es naheliegend und sinnvoll, sich auch der Entwicklung des Umfangs der Bevölkerung im Erwerbsalter zu widmen. Aus dieser lassen sich dann Rückschlüsse auf die Erwerbsbevölkerung ziehen.

Im Folgenden soll der demographische Wandel in Deutschland von heute bis zum Jahr 2050 im Hinblick auf das Arbeitskräftepotential, hier gemessen durch den Umfang der Bevölkerung im Erwerbsalter bzw. die Anzahl der Erwerbspersonen, analysiert werden. Bei einer so weit vorausschauenden Untersuchung wäre es wenig hilfreich, nur eine Variante der möglichen Bevölkerungsentwicklung herauszugreifen, sondern es ist notwendig, auf unterschiedlichen Annahmen über Fertilität, Migration und Mortalität beruhende Modellrechnungen durchzuführen, um so die ganze Bandbreite der möglichen Entwicklung darstellen zu können.²

Am Anfang stehen Modellrechnungen über die Entwicklung der Bevölkerung in Deutschland bis 2050. Anschließend wird tabellarisch dargelegt, wie sich die Anzahl und der Anteil der Personen im Erwerbsalter an der Gesamtbevölkerung im demographischen Wandel bis 2050 entwickeln und welche Auswirkungen Änderungen in den Komponenten der Bevölkerungsentwicklung auf die genannten Größen haben. Dabei werden unter Berücksichtigung einer Erhöhung der Regelaltersgrenze der gesetzlichen Rentenversicherung im Zeitablauf unterschiedliche Altersabgrenzungen für die Bevölkerung im Erwerbsalter verwendet. Abschließend wird aufgezeigt, wie die Entwicklung der Anzahl bzw. des Anteils der Erwerbspersonen verläuft, wenn auch eine Zunahme der Erwerbsbeteiligung von Frauen einbezogen wird.

Zur Entwicklung des Umfangs der Bevölkerung sowie der Bevölkerung im Erwerbsalter

Der Bevölkerungsumfang eines Landes war und ist im Laufe der Zeit immer Schwankungen unterworfen. Dabei wechseln sich mitunter Zeiten mit zunehmendem und solche mit abnehmendem Bevölkerungsumfang ab, es gibt jedoch auch Länder und insbesondere Zeiträume, in denen die Entwicklung in erster Linie in eine Richtung verläuft. Derartige Entwicklungen sind weder in der einen noch in der anderen Richtung generell als schlecht oder gut zu bezeichnen. So kann es durchaus Länder und Perioden geben,

¹ Bei diesem Beitrag handelt es sich um eine verkürzte und inhaltlich leicht modifizierte Fassung eines vom Autor des hier vorgelegten Artikels im Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 2008/1 erschienenen Beitrags.

² Soweit nichts anderes gesagt wird, beruhen sämtliche Darstellungen auf Berechnungen des Autors. Alle Daten beziehen sich auf Deutschland und sind Jahresenddaten.

* Prof. Dr. Eckart Bomsdorf lehrt und forscht an der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität zu Köln.

in denen eine Zunahme des Bevölkerungsumfangs positiv zu bewerten ist, ebenso kann ein Rückgang des Bevölkerungsumfangs positiv sein. Probleme einer Veränderung des Bevölkerungsumfangs zeigen sich, wenn die Altersstruktur der Bevölkerung einer genaueren Betrachtung unterzogen wird. Im Hinblick auf die zukünftige Entwicklung des Bevölkerungsumfangs in Deutschland standen in der Vergangenheit in der Öffentlichkeit sehr stark der Jungenquotient sowie der Altenquotient und insbesondere die Folgen ihrer Veränderung für die sozialen Sicherungssysteme im Vordergrund. Die Bevölkerung im Erwerbsalter ist hierbei häufig eher in den Hintergrund getreten, obwohl es gerade dieser Teil der Bevölkerung ist, der die Hauptlast der sozialen Sicherungssysteme trägt.³ Die Enquêtekommission Demographischer Wandel des Deutschen Bundestags hat sich zehn Jahre lang mit dem demographischen Wandel und dessen Folgen beschäftigt. Der 2002 vorgelegte Abschlussbericht befasst sich auch mit den Konsequenzen des demographischen Wandels für den Arbeitsmarkt (vgl. Deutscher

Bundestag 2002, 67 ff.). Leider ist dieser Bericht in der Diskussion der letzten Jahre zu wenig zur Kenntnis genommen worden; es wurde sogar behauptet, es hätte ihn nie gegeben.⁴

Die folgenden Betrachtungen geben nicht nur Auskunft über die mögliche Bevölkerungsentwicklung in Deutschland bis zum Jahre 2050, sondern vor allem über die Entwicklung der Bevölkerung im Erwerbsalter in diesem Zeitraum. Bisher wurden unter der Bevölkerung im Erwerbsalter meist die Personen im Alter von 15 bis unter 65 Jahren verstanden, mitunter wird – wie auch hier – erst bei einem Alter von 20 Jahren begonnen. Die obere Altersgrenze von 65 Jahren stimmt mit der Regelaltersgrenze der gesetzlichen Rentenversicherung überein. Nachdem nun beschlossen worden ist, langfristig die Regelaltersgrenze auf 67 Jahre zu erhöhen (Deutscher Bundestag 2007), soll an mehreren Stellen diese neue Altersgrenze auch bei den Berechnungen Berücksichtigung finden. Das bedeutet nicht, dass die obere Altersgrenze in den Berechnungen unmittelbar von 65 Jahre auf 67 Jahre ge-

³ Eine kurze Übersicht über einige Untersuchungen, bei denen der Arbeitsmarkt im Hinblick auf seine Veränderungen durch den demographischen Wandel im Vordergrund steht, findet sich bei: Schäfer und Seyda (2004, 98 ff.), vgl. auch Hof (2001).

⁴ Vgl. Birg (2001, S. 198). Diese Behauptung wurde z.B. von Schirmacher (Schirmacher 2004, 207) übernommen und weiterverbreitet.

Kasten

Zum quantitativen Einfluss der Komponenten der Bevölkerungsentwicklung auf den Umfang der Bevölkerung im Erwerbsalter

Die Komponenten der Bevölkerungsentwicklung haben sowohl einen Einfluss auf den Bevölkerungsumfang als auch auf den Umfang der Bevölkerung im Erwerbsalter. Dieser Einfluss ist im Hinblick auf den Bevölkerungsumfang sowie auf den Alten- und den Jungenquotienten erstmals von Bomsdorf und Babel (2005) quantifiziert worden, eine Aktualisierung findet sich in Babel und Bomsdorf (2007, 392 f.) sowie in Babel (2007, 101 ff.). Diese entspricht in ihrer Basisvariante der hier als mittlere Bevölkerungsvariante bezeichneten Modellrechnung. Sie kann daher unmittelbar verwendet werden. Für die Bevölkerungsentwicklung bedeutet dies mit Berücksichtigung von Wechselwirkungen der verschiedenen Komponenten Folgendes:

$$\Delta B_{2050} = 2,33 \cdot \Delta F + 0,94 \cdot \Delta L + 2,75 \cdot \Delta W_{\text{Netto}} + 0,38 \cdot \Delta W_{\text{Sockel}} \\ + 0,06 \cdot \Delta F \cdot \Delta W_{\text{Netto}} + 0,02 \cdot \Delta F \cdot \Delta W_{\text{Sockel}} + 0,01 \cdot \Delta L \cdot \Delta W_{\text{Netto}}$$

$$B_{2050} = 72,43 + 2,33 \cdot \Delta F + 0,94 \cdot \Delta L + 2,75 \cdot \Delta W_{\text{Netto}} + 0,38 \cdot \Delta W_{\text{Sockel}} \\ + 0,06 \cdot \Delta F \cdot \Delta W_{\text{Netto}} + 0,02 \cdot \Delta F \cdot \Delta W_{\text{Sockel}} + 0,01 \cdot \Delta L \cdot \Delta W_{\text{Netto}}$$

mit

B_{2050}	Bevölkerungsumfang Ende 2050 (in Mill.)
ΔB_{2050}	Änderung des Bevölkerungsumfangs bis Ende 2050 gegenüber der Basisvariante (in Mill.)
ΔF	Änderung der Fertilitätsrate gegenüber der Basisvariante ^{a)} (gemessen in Vielfachen von 0,1)
ΔL	Änderung der Lebenserwartung Neugeborener 2050 gegenüber der Basisvariante (in Jahren)
ΔW_{Netto}	Änderung der jährlichen Nettozuwanderung (in 50 000)
ΔW_{Sockel}	Änderung der jährlichen Sockelwanderung (in 100 000) ^{b)}
BEA_{2050}	Bevölkerung im Erwerbsalter Ende 2050 (in Mill.)
ΔBEA_{2050}	Änderung der Bevölkerung im Erwerbsalter bis Ende 2050 gegenüber der Basisvariante (in Mill.)
$ABEA_{2050}$	Anteil Bevölkerung im Erwerbsalter Ende 2050 (in %)
$\Delta ABEA_{2050}$	Änderung des Anteils der Bevölkerung im Erwerbsalter bis Ende 2050 gegenüber der Basisvariante (in Prozentpunkten)

Für die Bevölkerung im Erwerbsalter sowie den Anteil der Bevölkerung im Erwerbsalter an der Gesamtbevölkerung lassen sich entsprechende Gleichungen aufstellen (vgl. auch Bomsdorf 2008, 131 ff.).

Fortsetzung Kasten

Dabei wird für 2050 die Bevölkerung im Erwerbsalter mit der Bevölkerung im Alter von 20 bis unter 67 Jahren gleichgesetzt und somit die Verschiebung der oberen Altersgrenze von 65 Jahren auf 67 Jahre in der gesetzlichen Rentenversicherung berücksichtigt.

Für den Umfang der Bevölkerung im Erwerbsalter im Jahr 2050, d.h. die Anzahl der 20- bis unter 67-Jährigen, resultieren dann folgende Gleichungen:

$$\Delta BEA_{2050} = 1,09 \cdot \Delta F + 0,10 \cdot \Delta L + 1,92 \cdot \Delta W_{\text{Netto}} + 0,34 \cdot \Delta W_{\text{Sockel}} + 0,02 \cdot \Delta F \cdot \Delta W_{\text{Netto}} + 0,01 \cdot \Delta F \cdot \Delta W_{\text{Sockel}}$$

$$BEA_{2050} = 40,12 + 1,09 \cdot \Delta F + 0,10 \cdot \Delta L + 1,92 \cdot \Delta W_{\text{Netto}} + 0,34 \cdot \Delta W_{\text{Sockel}} + 0,02 \cdot \Delta F \cdot \Delta W_{\text{Netto}} + 0,01 \cdot \Delta F \cdot \Delta W_{\text{Sockel}}$$

Für den Anteil der Bevölkerung im Erwerbsalter an der Gesamtbevölkerung (ABEA, Werte in Prozent) ergibt sich:

$$\Delta ABEA_{2050} = -0,25 \cdot \Delta F - 0,59 \cdot \Delta L + 0,59 \cdot \Delta W_{\text{Netto}} + 0,18 \cdot \Delta W_{\text{Sockel}} - 0,02 \cdot \Delta F \cdot \Delta W_{\text{Netto}} - 0,01 \cdot \Delta F \cdot \Delta W_{\text{Sockel}}$$

$$ABEA_{2050} = 55,39 - 0,25 \cdot \Delta F - 0,59 \cdot \Delta L + 0,59 \cdot \Delta W_{\text{Netto}} + 0,18 \cdot \Delta W_{\text{Sockel}} - 0,02 \cdot \Delta F \cdot \Delta W_{\text{Netto}} - 0,01 \cdot \Delta F \cdot \Delta W_{\text{Sockel}}$$

Die Koeffizienten dieser Gleichungen gestatten in der isolierten Betrachtung unter der ceteris-paribus-Annahme folgende Interpretationen für Ende 2050:

- Eine Steigerung der Fertilitätsrate (Anstieg bis 2010, danach Konstanz) um 0,1 führt zu einer Zunahme des Bevölkerungsumfangs um 2,33 Millionen sowie der Bevölkerung im Erwerbsalter um 1,09 Millionen und zu einem Rückgang des Anteils der Bevölkerung im Erwerbsalter um 0,25 Prozentpunkte.
- Eine Steigerung der Lebenserwartung Neugeborener 2050 um ein Jahr führt zu einer Zunahme des Bevölkerungsumfangs um 0,94 Millionen sowie der Bevölkerung im Erwerbsalter um 0,10 Millionen und zu einem Rückgang des Anteils der Bevölkerung im Erwerbsalter um 0,59 Prozentpunkte.
- Eine Steigerung der jährlichen Nettozuwanderung um 50 000 Personen führt zu einer Zunahme des Bevölkerungsumfangs um 2,75 Millionen sowie der Bevölkerung im Erwerbsalter um 1,92 Millionen und zu einer Zunahme des Anteils der Bevölkerung im Erwerbsalter um 0,59 Prozentpunkte.
- Eine Steigerung der jährlichen Sockelwanderung um 100 000 Personen führt zu einer Zunahme des Bevölkerungsumfangs um 0,38 Millionen sowie der Bevölkerung im Erwerbsalter um 0,34 Millionen und zu einer Zunahme des Anteils der Bevölkerung im Erwerbsalter Ende 2050 um 0,18 Prozentpunkte.

Die Gleichungen erlauben es ebenfalls, ohne die aufwändige Durchführung weiterer Modellrechnungen für Ende 2050 näherungsweise die korrespondierenden Werte für den Bevölkerungsumfang sowie den Umfang bzw. den Anteil der Bevölkerung im Erwerbsalter in Abhängigkeit von den Annahmen zu bestimmen. Dabei gibt es bei den Gleichungen wesentliche Unterschiede in den berechneten Koeffizienten. Während beim Umfang der Bevölkerung sowie der Bevölkerung im Erwerbsalter alle Koeffizienten ein positives Vorzeichen haben – d.h., dass ein positiver Zusammenhang zwischen den einzelnen Variablen und dem Umfang der Bevölkerung bzw. der Bevölkerung im Erwerbsalter besteht –, zeigen sich bei der Gleichung für den Anteil der Bevölkerung im Erwerbsalter bei den Koeffizienten sowohl positive als auch negative Vorzeichen. Dies ist zwar nicht unmittelbar einsichtig, es erschließt sich jedoch bei genauerer Betrachtung der Zusammenhänge.

a) Konstanz ab 2010 auf dem bis dahin durch Änderung erreichten Niveau.

b) $\Delta F = 1$ bedeutet demnach eine Zunahme der Fertilitätsrate gegenüber der Basisvariante um 0,1, d.h. von 1,35 auf 1,45;

$\Delta W_{\text{Netto}} = 1$ eine Zunahme des Wanderungssaldos gegenüber der Basisvariante um 50 000 Personen; $\Delta L = 1$ eine Zunahme der Lebenserwartung 2050 um ein Jahr und $\Delta W_{\text{Sockel}} = 1$ eine Zunahme der jährlichen Sockelwanderung um 100 000. Die Gleichungen gelten im Rahmen folgender Intervalle für die verwendeten Größen:

$-4 \leq \Delta F \leq +6$, $-5 \leq \Delta L \leq +5$, $-3 \leq \Delta W_{\text{Netto}} \leq +3$, $-4 \leq \Delta W_{\text{Sockel}} \leq +4$.

setzt wird, sondern es beinhaltet, dass entsprechend der gesetzlichen Regelung die obere Altersgrenze stufenweise bis zum Jahre 2029 auf 67 Jahre erhöht wird.

Bei Modellrechnungen müssen Annahmen über die Komponenten der Bevölkerungsbewegung getroffen werden.

Aufbauend auf diesen Annahmen werden verschiedene Modellrechnungen durchgeführt und die interessierenden Größen abgefragt. Die für Fertilität, Migration sowie Mortalität verwendeten Annahmen finden sich in Tabelle 1. Es werden für jede Bevölkerungskomponente jeweils drei Varianten zugelassen, die – ähnlich wie bei der Bevölkerungsent-

Tab.1
Annahmen der Modellrechnungen

Annahmen zur Fertilitätsrate	<ul style="list-style-type: none"> • Ausgangsniveau Fertilitätsrate 1,35 • Variantenabhängige Änderung der Fertilitätsrate • Ab 2010 konstant auf dem bis dahin erreichten Niveau 		
		Anpassung auf	bis zum Jahr
	Variante F1	1,15	2010
	Variante F2	1,35	–
	Variante F3	1,55	2010
Annahmen zur Migration	<ul style="list-style-type: none"> • Jährlicher Wanderungssaldo bzw. jährliche Sockelwanderung (ausländische Bevölkerung) 		
		Wanderungssaldo	Sockelwanderung
	Variante W1	50 000	450 000
	Variante W2	150 000	500 000
	Variante W3	250 000	550 000
Annahmen zur Lebenserwartung	<ul style="list-style-type: none"> • Lebenserwartung Neugeborener männlich/weiblich nach Periodensterbetafel (Generationensterbetafel), in Jahren 		
		2004	Bis 2050 auf ... steigend
	Variante L1	m: 76,2 (85,1) w: 81,8 (91,3)	m: 79,8 (83,7) w: 85,7 (89,8)
	Variante L2		m: 82,6 (90,5) w: 88,3 (96,0)
Variante L3	m: 84,8 (93,6) w: 89,0 (97,5)		

Quelle: Berechnungen des Autors.

wicklung – als niedrige, mittlere und obere Variante bezeichnet werden können. Während die mittlere Variante eine Art Status-quo-Variante darstellt, wird bei der Fertilität in der niedrigen Variante von einer gegenüber dem heutigen Stand um 0,2 reduzierten, in der höheren Variante von einer um 0,2 erhöhten Fertilitätsrate⁵ ausgegangen. Es wird angenommen, dass die Anpassung der Fertilitätsrate bis 2010 erfolgt und diese danach auf dem jeweils erreichten Niveau bleibt.⁶ Bei der Migration muss unterschieden werden zwischen dem Wanderungssaldo und der Sockelwanderung⁷, die durchaus auch einen Einfluss auf die Änderungen des Bevölkerungsumfangs und der Altersstruktur der Bevölkerung hat (vgl. Bomsdorf und Babel 2005, 391 f.). Bei der Lebenserwartung wird von einer mittleren Zunahme der Lebenserwartung ebenso ausgegangen wie von einer niedrigen und einer höheren Variante. In der Tabelle finden sich dazu sowohl die Werte, die sich nach der Periodensterbetafel als auch die, die sich nach der Generationensterbetafel ergeben würden. Die Werte der Generationensterbetafel sind realistischer, da sie eine geburtsjahrgangsabhängige Betrachtung der Lebenserwartung in den Vordergrund stel-

len (vgl. Bomsdorf 2004). Aus der Kombination von je drei Varianten für die drei Komponenten würden sich 27 Entwicklungspfade ergeben, die darzustellen sich aus naheliegenden Gründen verbietet. Es erfolgt daher eine Beschränkung auf eine mittlere Bevölkerungsvariante sowie zwei Extremfälle der Bevölkerungsentwicklung.⁸

Abbildung 1 enthält für den Bevölkerungsumfang die Ergebnisse der Modellrechnungen bis 2050 für die drei genannten Varianten sowie zum Vergleich die Entwicklung der Bevölkerung in Deutschland von 1950 bis heute. Die Ergebnisse aller anderen 24 Varianten bewegen sich zwischen den Resultaten der hohen und der niedrigen Bevölkerungsvariante. Im Fokus der Betrachtung soll hier jedoch nicht der Bevölkerungsumfang, sondern die Entwicklung der Anzahl und des Anteils der Personen im Erwerbsalter, d.h. der Bevölkerung im Erwerbsalter, stehen. Diese zeigen in der Altersabgrenzung 20 bis unter 65 Jahre die Abbildungen 2 und 3, wobei wiederum die historische Entwicklung seit 1950 einbezogen wird. An dieser Stelle wird als Obergrenze bewusst noch das Alter von 65 Jahren gewählt. Zunächst zeigt Abbildung 2, dass sich die im Zeitablauf zunehmende Spannweite im Bevölkerungsumfang auch auf die Bevölkerung im Erwerbsalter überträgt, allerdings nimmt in allen drei Varianten die Anzahl der Personen im Erwerbsalter spätestens ab 2020 deutlich ab. Der Anteil der Bevölkerung im Erwerbsalter (an der Bevölkerung insgesamt) zeigt jedoch langfris-

⁵ Die Fertilitätsrate entspricht der auf eine Frau bezogenen zusammengefassten Geburtenziffer.

⁶ Unter anderem durch diese Annahme unterscheiden sich die hier vorgelegten Modellrechnungen zur Bevölkerungsentwicklung von der 11. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamtes (vgl. Statistisches Bundesamt 2006).

⁷ Wanderungssaldo: Differenz von Zuwanderungen und Abwanderungen. Sockelwanderung: Minimum von Zuwanderungen und Abwanderungen. Soweit der Wanderungssaldo nicht negativ ist, entspricht die Sockelwanderung der Abwanderung.

⁸ Untere Bevölkerungsvariante: F1, W1, L1. Mittlere Bevölkerungsvariante: F2, W2, L2. Obere Bevölkerungsvariante: F3, W3, L3.

Abb. 1
Bevölkerungsumfang 1950–2050

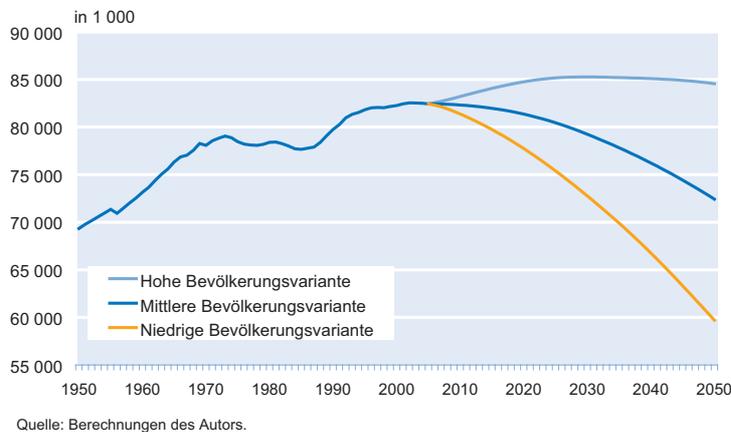


Abb. 2
Bevölkerung im Erwerbsalter 1950–2050

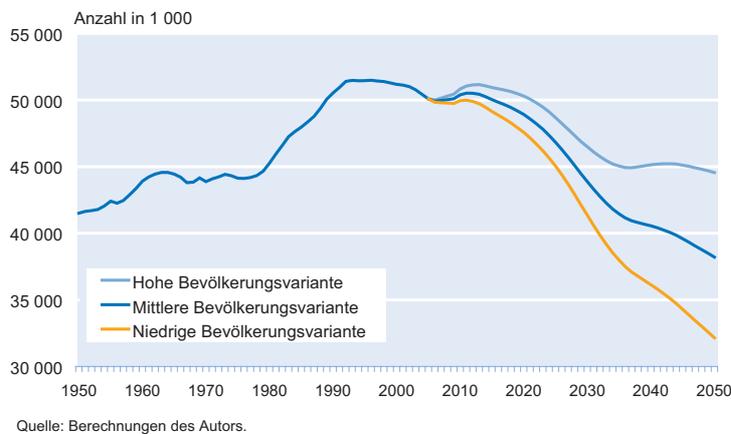
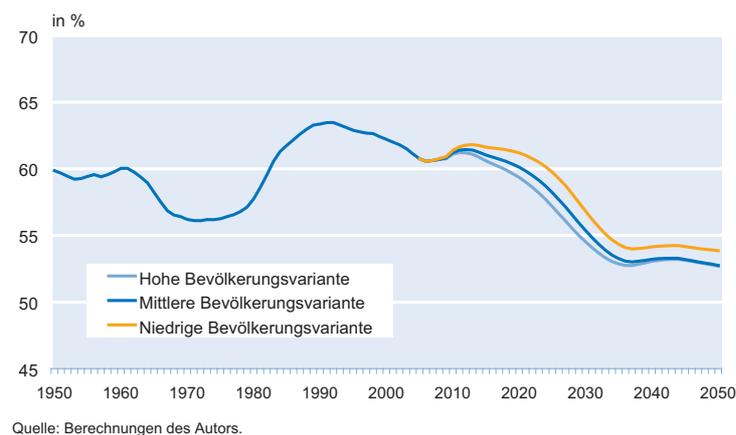


Abb. 3
Anteil der Bevölkerung im Erwerbsalter 1950–2050



tig ein anderes Bild (vgl. Abb. 3). Er sinkt schon ab etwa 2020 unter den heutigen Wert. Während die hohe und die mittlere Bevölkerungsvariante 2050 mit rund 53% zu demselben Wert führen, ergibt die niedrige Bevölkerungsvariante einen etwas höheren Wert für den Anteil der Bevölkerung im Erwerbsalter, obwohl der Bevölkerungsumfang deutlich niedriger liegt als in den beiden vorangehenden Fällen. Es zeigt sich, dass der Anteil der Personen im Erwerbsalter bei weitem nicht so stark von der Entwicklung des Bevölkerungsumfangs abhängt wie mitunter angenommen wird. Während sich bei den zwei extremen Bevölkerungsvarianten beim Bevölkerungsumfang – bezogen auf den höchsten Wert – eine Differenz von fast 30% im Jahr 2050 ergibt, liegt der vergleichbare Wert für den Anteil der Bevölkerung im Erwerbsalter bei nur knapp 2% bzw. 1 Prozentpunkt. Tabelle 2 gibt für ausgewählte Jahre sowohl die Gesamtbevölkerung als auch die Bevölkerung im Erwerbsalter (BEA) und den Anteil der Bevölkerung im Erwerbsalter (ABEA) in der Altersabgrenzung 20 bis unter 65 Jahre an.

In den Abbildungen 2 und 3 wird von der Altersstruktur der Bevölkerung im Erwerbsalter weitgehend abstrahiert. Abbildung 4 verdeutlicht für die mittlere Bevölkerungsvariante und ausgewählte Jahre die Altersstruktur der Bevölkerung im Erwerbsalter (sowohl absolut als auch relativ), wobei die Altersspanne von 20 bis unter 65 Jahren in drei gleich große Klassen aufgeteilt wird. Dies ermöglicht einen Vergleich der Resultate. Der Veränderung der Regelaltersgrenze in der gesetzlichen Rentenversicherung auf 67 Jahre entsprechend wird an dieser Stelle extra ausgewiesen und angegeben, welchen Effekt eine Anhebung der Obergrenze des Alters der Personen im Erwerbsalter auf 67 Jahre sukzessiv bis 2029 auf die Bevölkerung im Erwerbsalter hat, d.h., um wie viel Prozent sich die Bevölkerung im Erwerbsalter durch diese neue Altersgrenze erhöhen würde.

Es fällt auf, dass die größten Veränderungen im Anteil der drei oben genannten Altersklassen sich nicht bei den 20- bis unter 35-Jährigen, sondern zwischen den beiden folgenden Altersgruppen ergeben. Während zunächst die 35- bis unter 50-Jährigen die größte Altersgruppe stellen, ist bereits 2020

Tab. 2
Bevölkerung und Bevölkerung im Erwerbsalter 2005, 2020, 2030, 2040 und 2050 (in Mill. bzw. in %)

	2005	2020	2030	2040	2050
Niedrige Bevölkerungsvariante					
Bevölkerung	82,44	77,74	72,77	66,76	59,71
BEA₂₀₋₆₅	50,08	47,57	41,35	36,15	32,16
ABEA₂₀₋₆₅	60,8	61,2	56,8	54,1	53,9
Mittlere Bevölkerungsvariante					
Bevölkerung	82,44	81,36	79,24	76,23	72,43
BEA₂₀₋₆₅	50,08	48,91	43,88	40,56	38,21
ABEA₂₀₋₆₅	60,8	60,1	55,4	53,2	52,8
Hohe Bevölkerungsvariante					
Bevölkerung	82,44	84,75	85,26	85,09	84,56
BEA₂₀₋₆₅	50,08	50,30	46,49	45,14	44,56
ABEA₂₀₋₆₅	60,8	59,4	54,5	53,1	52,7

Quelle: Berechnungen des Autors.

die Gruppe der 50- bis unter 65-Jährigen die größte Gruppe. Bei der Gruppe der 65- bis unter 67-Jährigen ist genau genommen die Obergrenze am Anfang 65 Jahre, sie steigt mit der Anpassung der Regelaltersgrenze bis 2029 auf 67 Jahre.

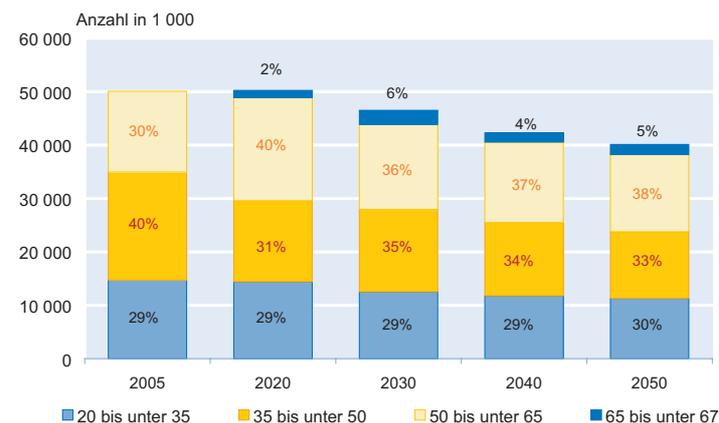
Interessant ist es in diesem Zusammenhang auch, den Effekt der gleitenden Verschiebung der oberen Altersgrenze der Bevölkerung im Erwerbsalter von 65 auf 67 Jahre zu quantifizieren. Die Tabellen 3 und 4 geben hierzu für ausgewählte Jahre an, welchen Umfang die Bevölkerung bzw. der Anteil der Bevölkerung im Erwerbsalter in Abhängigkeit von der Fertilitätsrate und dem Wanderungssaldo unter Berücksichtigung der verschiedenen Altersgrenzen haben. Bezüglich der Lebenserwartung und der Sockelwanderung wird an dieser Stelle jeweils von der mittleren Variante ausgegangen (vgl. Tab. 1). Bei diesen Berechnungen werden sowohl die für die Altersabgrenzung 20 bis unter 65 Jahre als auch die für die Altersabgrenzung 20 bis un-

ter 67 Jahre resultierenden Werte ausgewiesen.⁹ Aus der Fülle der Daten sollen hier nur für die mittlere Variante der Fertilitätsrate (1,35) sowie die mittlere Wanderungsvariante (Wanderungssaldo 150 000 Personen jährlich) die Werte für die Jahre 2030 und 2050 betrachtet werden. Ohne bzw. mit Anhebung der Altersgrenze ergibt sich 2030 für die Anzahl der Personen im Erwerbsalter ein Wert von 43,88 Millionen (obere Altersgrenze: 65 Jahre) bzw. 46,51 Millionen (obere Altersgrenze: 67 Jahre); für 2050 lauten die entsprechenden Werte 38,21 Millionen bzw. 40,12 Millionen. Für den Anteil der Bevölkerung im Erwerbsalter folgt für 2030 ein Wert von 55,4 bzw. 58,7%, für 2050 52,8 bzw. 55,4%. Für 2030 (2050) fällt also durch die Anhebung der Altersgrenze der Anteil der Bevölkerung im Erwerbsalter um 3,3 (2,6) Punkte höher aus. Noch deutlicher werden die Folgen der Änderung der Altersgrenze, wenn aus diesen Werten ein Gesamtlastquotient berechnet wird. Dieser entspricht der Anzahl der unter 20- und der 65-(67-)Jährigen und Älteren auf 100 Personen im Alter von 20 bis unter 65 (67).¹⁰ Es resultieren für 2030 Werte von 80,5 ohne bzw. von 70,3 mit Erhöhung der Altersgrenze, für 2050 ergeben sich entsprechend Werte von 89,3 bzw. 80,5; d.h. die Belastung der mittleren Generation durch die Jüngeren und Älteren sinkt durch die Erhöhung der Regelaltersgrenze um über 10% und damit stärker als die Anteile der Bevölkerung im Erwerbsalter zunächst vermuten lassen.

Zur Entwicklung der Anzahl und des Anteils der Erwerbspersonen

Die Bevölkerung und die Anzahl der Erwerbspersonen sind durch die Erwerbsquote¹¹ miteinander verknüpft. Diese ist jedoch im Zeitablauf keineswegs konstant. Wegen der Verschiebung der Altersstruktur der Bevölkerung gilt dies selbst dann, wenn die alters- und geschlechtsspezifischen Erwerbsquoten konstant blieben. Im Folgenden wird zunächst von einer weitgehenden Konstanz der altersspezifischen Erwerbsquoten ausgegangen. Gegebenenfalls sind für die 65- bis unter 67-Jährigen

Abb. 4
Bevölkerung im Erwerbsalter nach Altersklassen 2005–2050



⁹ Alle Werte wurden direkt unter Verwendung der Kohorten-Komponenten-Methode ermittelt.

¹⁰ Der Gesamtlastquotient bestimmt sich für einen Anteil der Bevölkerung im Erwerbsalter von a% wie folgt:

$$\frac{100 - a}{a} \cdot 100$$

¹¹ Erwerbsquote: Anteil der Erwerbspersonen an der gesamten Bevölkerung (evtl. nach Geschlecht und Altersgruppe gegliedert).

Tab.3
Bevölkerung im Erwerbsalter 2020, 2030, 2040 und 2050 (in Mill.) in Abhängigkeit von Fertilitätsrate und Wanderungssaldo (obere Altersgrenze: 65/67 Jahre)

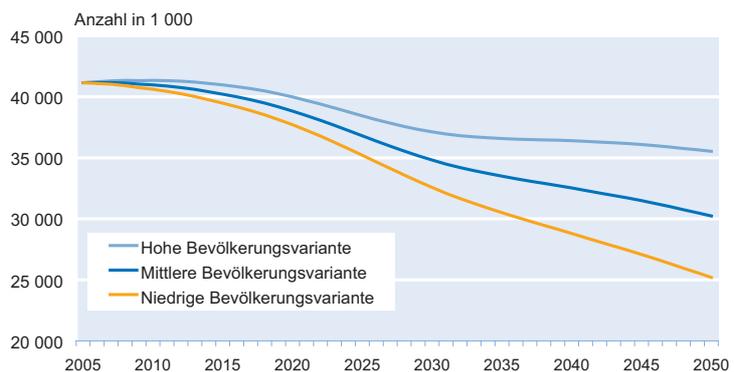
			Wanderungssaldo					
			0	50 000	100 000	150 000	200 000	250 000
2020	Fertilitätsrate	1,00	46,94 / 47,93	47,60 / 48,59	48,26 / 49,25	48,91 / 49,91	49,57 / 50,57	50,23 / 51,23
		...						
		1,15	46,94 / 47,93	47,60 / 48,59	48,26 / 49,25	48,91 / 49,91	49,57 / 50,57	50,23 / 51,23
		1,25	46,94 / 47,93	47,60 / 48,59	48,26 / 49,25	48,91 / 49,91	49,57 / 50,57	50,23 / 51,23
		1,35	46,94 / 47,93	47,60 / 48,59	48,26 / 49,25	48,91 / 49,91	49,57 / 50,57	50,23 / 51,23
		1,45	46,94 / 47,93	47,60 / 48,59	48,26 / 49,25	48,91 / 49,91	49,57 / 50,57	50,23 / 51,23
		1,55	46,94 / 47,93	47,60 / 48,59	48,26 / 49,25	48,91 / 49,91	49,57 / 50,57	50,23 / 51,23
		...						
2030	Fertilitätsrate	1,00	40,10 / 42,69	41,19 / 43,79	42,27 / 44,89	43,36 / 45,99	44,45 / 47,09	45,53 / 48,20
		...						
		1,15	40,32 / 42,91	41,41 / 44,01	42,49 / 45,11	43,58 / 46,21	44,67 / 47,32	45,76 / 48,42
		1,25	40,47 / 43,05	41,55 / 44,16	42,64 / 45,26	43,73 / 46,36	44,82 / 47,47	45,91 / 48,57
		1,35	40,61 / 43,20	41,70 / 44,30	42,79 / 45,41	43,88 / 46,51	44,97 / 47,62	46,06 / 48,72
		1,45	40,76 / 43,35	41,85 / 44,45	42,94 / 45,56	44,03 / 46,66	45,12 / 47,77	46,21 / 48,87
		1,55	40,91 / 43,49	42,00 / 44,60	43,09 / 45,70	44,18 / 46,81	45,27 / 47,91	46,36 / 49,02
		...						
2040	Fertilitätsrate	1,00	33,81 / 35,42	35,31 / 36,95	36,80 / 38,48	38,30 / 40,02	39,80 / 41,55	41,30 / 43,08
		...						
		1,15	34,74 / 36,35	36,25 / 37,90	37,76 / 39,44	39,27 / 40,98	40,78 / 42,53	42,29 / 44,07
		1,25	35,36 / 36,97	36,88 / 38,53	38,40 / 40,08	39,91 / 41,63	41,43 / 43,18	42,95 / 44,73
		1,35	35,98 / 37,60	37,51 / 39,15	39,03 / 40,71	40,56 / 42,27	42,08 / 43,83	43,61 / 45,39
		1,45	36,60 / 38,22	38,14 / 39,78	39,67 / 41,35	41,20 / 42,92	42,74 / 44,49	44,27 / 46,05
		1,55	37,23 / 38,84	38,77 / 40,41	40,31 / 41,99	41,85 / 43,56	43,39 / 45,14	44,93 / 46,71
		...						
2050	Fertilitätsrate	1,00	28,93 / 30,63	30,73 / 32,50	32,53 / 34,37	34,33 / 36,24	36,13 / 38,11	37,93 / 39,98
		...						
		1,15	30,50 / 32,20	32,33 / 34,10	34,16 / 36,90	35,99 / 37,90	37,82 / 39,80	39,65 / 41,71
		1,25	31,55 / 33,25	33,40 / 35,17	35,25 / 37,09	37,10 / 39,01	38,95 / 40,93	40,80 / 42,85
		1,35	32,61 / 34,30	34,47 / 36,24	36,34 / 38,18	38,21 / 40,12	40,08 / 42,06	41,95 / 44,00
		1,45	33,66 / 35,36	35,55 / 37,32	37,43 / 39,27	39,32 / 41,23	41,21 / 43,19	43,09 / 45,15
		1,55	34,71 / 36,41	36,62 / 38,39	38,52 / 40,37	40,43 / 42,34	42,34 / 44,32	44,24 / 46,30
		...						
2,00	39,46 / 41,16	41,45 / 43,22	43,44 / 45,29	45,44 / 47,35	47,43 / 49,42	49,43 / 51,48		

Quelle: Berechnungen des Autors.

spezielle Annahmen erforderlich. In weiteren Modellrechnungen wird angenommen, dass die Erwerbsquote der Frauen sich längerfristig der Erwerbsquote der Männer nähert. Somit lassen sich zwei Effekte der Veränderung der Erwerbsbeteiligung darstellen: zum einen der Effekt der Erhöhung der Regelaltersgrenze, zum anderen der Effekt der Erhöhung der Erwerbsbeteiligung der Frauen.¹² Letztlich ist der insgesamt festzustellende verbleibende Rückgang der Anzahl der Erwerbspersonen bzw. der Erwerbsquote auf die aus dem demographischen Wandel resultierende Veränderung der Altersstruktur der Bevölkerung zurückzuführen. Die

Abbildungen 5 und 6 zeigen zunächst für die weiter oben betrachteten Bevölkerungsvarianten in einer bezüglich der

Abb. 5
Anzahl der Erwerbspersonen 2005–2050 bei verschiedenen Varianten zur Bevölkerungsentwicklung



Quelle: Berechnungen des Autors.

¹² Es wird bewusst darauf verzichtet, den Begriff des auch die stille Reserve umfassenden Erwerbspersonenpotentials einzuführen; dies erleichtert es auch, den durch eine Erhöhung der Erwerbsquoten der Frauen auf das Arbeitsangebot resultierenden Effekt besser herauszuarbeiten.

Tab. 4

Anteil der Bevölkerung im Erwerbsalter 2020, 2030, 2040 und 2050 (in %) in Abhängigkeit von Fertilitätsrate und Wanderungssaldo (obere Altersgrenze: 65 / 67 Jahre)

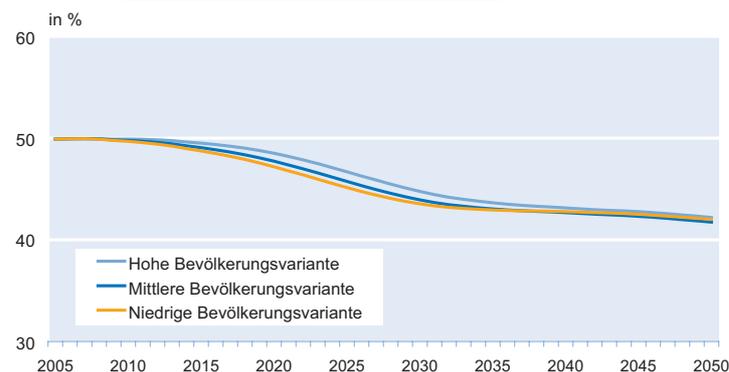
			Wanderungssaldo					
			0	50 000	100 000	150 000	200 000	250 000
2020	Fertilitätsrate	1,00	61,3 / 62,5	61,5 / 62,7	61,7 / 62,9	61,8 / 63,1	62,0 / 63,3	62,2 / 63,5
		...						
		1,15	60,5 / 61,8	60,7 / 62,0	60,9 / 62,2	61,1 / 62,3	61,3 / 62,5	61,5 / 62,7
		1,25	60,0 / 61,3	60,2 / 61,5	60,4 / 61,7	60,6 / 61,8	60,8 / 62,5	61,0 / 62,7
		1,35	59,6 / 60,8	59,8 / 61,0	59,9 / 61,2	60,1 / 61,3	60,3 / 61,5	60,5 / 61,7
		1,45	59,1 / 60,3	59,3 / 60,5	59,5 / 60,7	59,6 / 60,9	59,8 / 61,0	60,0 / 61,2
		1,55	58,6 / 59,9	58,8 / 60,0	59,0 / 60,2	59,2 / 60,4	59,4 / 60,6	59,5 / 60,7
2030	Fertilitätsrate	...						
		1,00	56,4 / 60,0	56,8 / 60,4	57,2 / 60,7	57,5 / 61,0	57,9 / 61,4	58,3 / 61,7
		...						
		1,15	55,5 / 59,0	55,9 / 59,4	56,2 / 59,7	56,6 / 60,0	56,9 / 60,3	57,3 / 60,6
		1,25	54,9 / 58,4	55,2 / 58,7	55,6 / 59,0	56,0 / 59,3	56,3 / 59,6	56,6 / 59,9
		1,35	54,3 / 57,7	54,7 / 58,1	55,0 / 58,4	55,4 / 58,7	55,7 / 59,0	56,0 / 59,3
		1,45	53,7 / 57,1	54,1 / 57,5	54,4 / 57,8	54,8 / 58,1	55,1 / 58,4	55,4 / 58,6
2040	Fertilitätsrate	1,55	53,2 / 56,5	53,5 / 56,9	53,9 / 57,2	54,2 / 57,5	54,5 / 57,7	54,9 / 58,0
		...						
		2,00	50,9 / 54,0	51,2 / 54,3	51,5 / 54,6	51,8 / 54,9	52,1 / 55,1	52,4 / 55,4
		1,00	52,3 / 54,8	53,0 / 55,5	53,6 / 56,1	54,2 / 56,7	54,8 / 57,2	55,3 / 57,7
		...						
		1,15	52,0 / 54,4	52,6 / 55,0	53,2 / 55,6	53,8 / 56,1	54,3 / 56,7	54,9 / 57,2
		1,25	51,7 / 54,1	52,3 / 54,7	52,9 / 55,3	53,5 / 55,8	54,0 / 56,3	54,5 / 56,8
2050	Fertilitätsrate	1,35	51,5 / 53,8	52,1 / 54,4	52,7 / 54,9	53,2 / 55,5	53,7 / 56,0	54,2 / 56,4
		1,45	51,2 / 53,6	51,8 / 54,1	52,4 / 54,6	52,7 / 55,1	53,4 / 55,6	53,9 / 56,1
		1,55	51,0 / 53,2	51,6 / 53,8	52,1 / 54,3	52,6 / 54,8	53,1 / 55,3	53,6 / 55,7
		...						
		2,00	49,9 / 52,0	50,4 / 52,4	50,9 / 52,9	51,4 / 53,3	51,8 / 53,7	52,2 / 54,1
		1,00	50,7 / 53,7	51,5 / 54,5	52,3 / 55,3	53,0 / 56,0	53,7 / 56,6	54,3 / 57,2
		...						
1,15	50,8 / 53,7	51,6 / 54,4	52,3 / 55,1	53,0 / 55,8	53,6 / 56,4	54,1 / 56,9		
1,25	50,8 / 53,6	51,6 / 54,3	52,3 / 55,0	52,9 / 55,6	53,5 / 56,2	54,0 / 56,7		
1,35	50,8 / 53,5	51,5 / 54,2	52,2 / 54,8	52,8 / 55,4	53,3 / 55,9	53,8 / 56,5		
1,45	50,7 / 53,3	51,4 / 54,0	52,0 / 54,6	52,6 / 55,2	53,1 / 55,7	53,6 / 56,2		
1,55	50,6 / 53,1	51,3 / 53,8	51,9 / 54,3	52,4 / 54,9	52,9 / 55,4	53,4 / 55,9		
...								
2,00	49,8 / 52,0	50,4 / 52,5	50,8 / 53,0	51,3 / 53,5	51,7 / 53,9	52,1 / 54,3		

Quelle: Berechnungen des Autors.

Erwerbsbeteiligung Status-quo-Variante die Entwicklung der Erwerbspersonen bzw. des Anteils der Erwerbspersonen an

der Bevölkerung insgesamt auf. Es zeigt sich, dass trotz sehr unterschiedlicher Entwicklungen der Anzahl der Erwerbspersonen (vgl. Abb. 5) der Anteil der Erwerbspersonen in allen drei Varianten nahezu gleich ist (vgl. Abb. 6). Er verringert sich von heute rund 50% auf einen Wert von etwa 42% im Jahre 2050.

Abb. 6 Anteil der Erwerbspersonen an der Gesamtbevölkerung 2005–2050 bei verschiedenen Varianten zur Bevölkerungsentwicklung



Quelle: Berechnungen des Autors.

In den folgenden Darstellungen erfolgt der Übersichtlichkeit halber eine Beschränkung auf die mittlere Bevölkerungsvariante. Um den Effekt einer Erhöhung der Regelaltersgrenze in der gesetzlichen Rentenversicherung darzulegen, werden drei Varianten für die Entwicklung der Erwerbstätigkeit betrachtet. Während Variante 1 vom Status quo ausgeht (Regelaltersgrenze: 65 Jahre), wird bei der zweiten Variante eine Erhöhung der Regelaltersgrenze auf ein Alter von 67 Jah-

Abb. 7
Anzahl der Erwerbspersonen 2005–2050
unter Berücksichtigung der gleitenden Erhöhung der Regelaltersgrenze

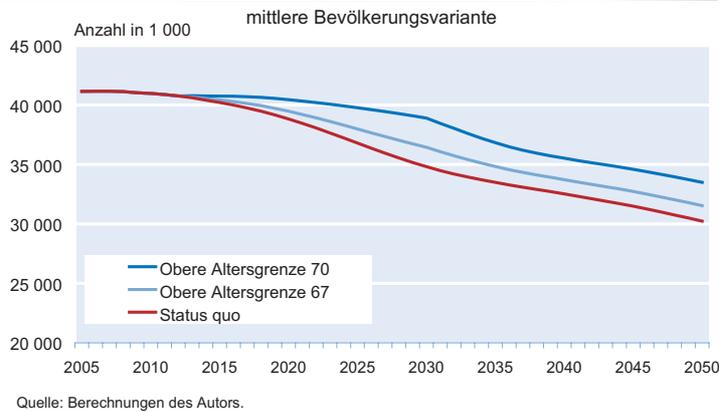


Abb. 8
Anteil der Erwerbspersonen an der Gesamtbevölkerung 2005–2050
unter Berücksichtigung der gleitenden Erhöhung der Regelaltersgrenze

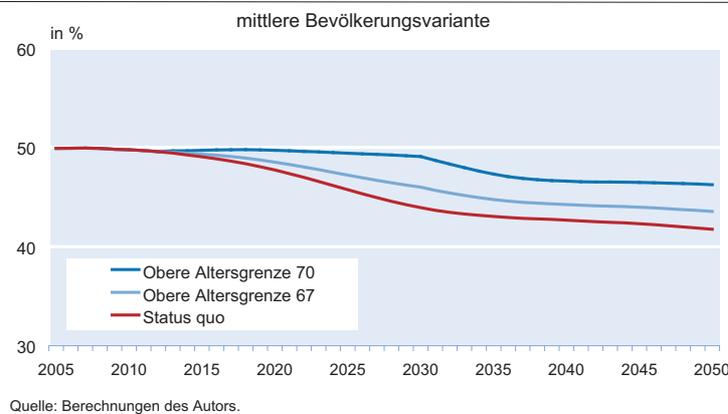
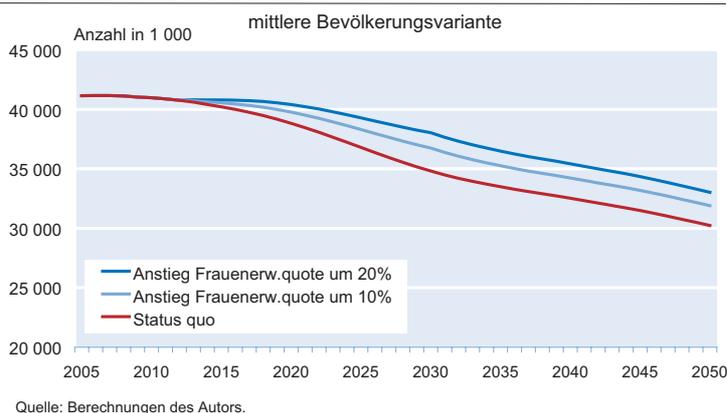


Abb. 9
Anzahl der Erwerbspersonen 2005–2050
bei verschiedenen Varianten zur Frauenerwerbsbeteiligung

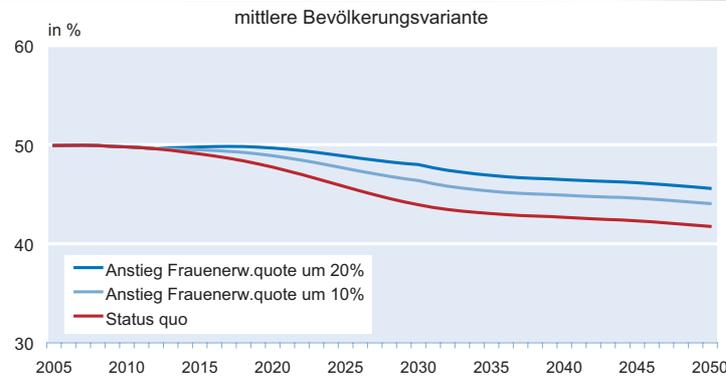


ren angenommen¹³, als dritte Variante wird von einer Erhöhung der Regelaltersgrenze auf das Alter 70 (ebenfalls bis 2029) ausgegangen. Die alters- und geschlechtsspezifischen Erwerbsquoten werden zunächst auf dem heutigen Stand festgeschrieben mit der Maßgabe, dass die Erwerbsquote bei den 60- bis unter 65-Jährigen auf die in der Altersgruppe der 55- bis unter 60-Jährigen steigt, sowie dass die Erwerbsquote der 65- bis unter 70-Jährigen – soweit sie für die Berechnungen benötigt wird – der heutigen Erwerbsquote der Altersgruppe der 60- bis unter 65-Jährigen entspricht. Die Abbildungen 7 und 8 zeigen wiederum die Entwicklung der Erwerbspersonen bzw. des Anteils der Erwerbspersonen. Aus der vertikalen Differenz der drei Kurven bei gegebenem Jahr lässt sich der aus der Erhöhung der oberen Altersgrenze resultierende Gewinn an Erwerbspersonen bzw. beim Anteil der Erwerbspersonen ablesen. So liegt beispielsweise die Erwerbsquote bei Einführung einer Regelaltersgrenze von 67 Jahren ab ca. 2020 um zwei Punkte höher als bei der gegenwärtigen Regelaltersgrenze. Diese Effekte verstärken sich jedoch nicht im Zeitablauf, sondern bleiben ab 2029 konstant. Wird davon ausgegangen, dass für einen großen Teil der Erwerbspersonen eine Altersgrenze von 70 Jahren infrage käme, so würde der demographisch bedingte Rückgang der Erwerbsquote im Zeitablauf mehr als halbiert werden. Die Werte für das Jahr 2050 und die Regelaltersgrenze von 70 Jahren würden auch gelten, wenn diese Altersgrenze erst sukzessive bis 2050 eingeführt würde.

Gesellschaftspolitisch wird angestrebt, die altersspezifischen Erwerbsquoten der Frauen mittelfristig an die der Männer anzupassen. Im Folgenden wird angenommen, dass diese Anpassungen bis zum Jahr 2020 erfolgen und es werden zwei verschiedene Varianten neben dem Status quo betrachtet. Während in der einen Variante (Variante 2, Anstieg der altersspezifischen Erwerbsquoten der Frauen um 10% – nicht Prozentpunkte) quasi davon ausgegangen wird, dass die Differenz in den geschlechtsspezifischen Erwerbsquoten sich näherungsweise halbiert,

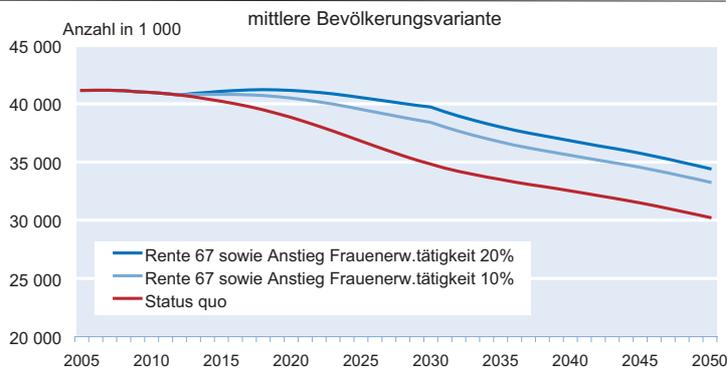
¹³ Mit dem Effekt der Rente mit 67 auf das Erwerbspersonenpotential beschäftigt sich eine Studie des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit (vgl. Fuchs 2006).

Abb. 10
Anteil der Erwerbspersonen an der Gesamtbevölkerung 2005–2050
bei verschiedenen Varianten zur Frauenerwerbsbeteiligung



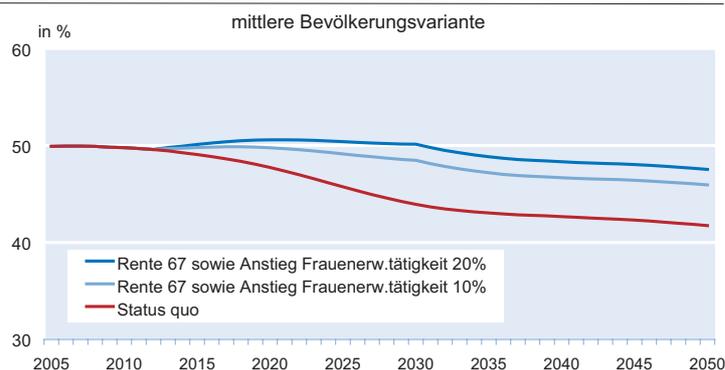
Quelle: Berechnungen des Autors.

Abb. 11
Anzahl der Erwerbspersonen 2005–2050
unter Berücksichtigung der gleitenden Erhöhung der Regelaltersgrenze
bei verschiedenen Varianten zur Frauenerwerbsbeteiligung



Quelle: Berechnungen des Autors.

Abb. 12
Anzahl der Erwerbspersonen an der Gesamtbevölkerung 2005–2050
unter Berücksichtigung der gleitenden Erhöhung der Regelaltersgrenze
bei verschiedenen Varianten zur Frauenerwerbsbeteiligung



Quelle: Berechnungen des Autors.

wird in einer anderen Variante (Variante 3, Anstieg der altersspezifischen Erwerbsquoten der Frauen um 20%, soweit rechnerisch möglich) eine weitgehend vollständige Anpassung der Erwerbsquote der Frauen an die der Männer angenommen. Wird erneut von der mittleren Bevölkerungsvariante ausgegangen, so verläuft insgesamt gesehen die Entwicklung des Umfangs und des Anteils der Erwerbspersonen bei den drei Varianten im Zeitablauf sehr ähnlich wie bei einer Erhöhung der Altersgrenze (Abbildungen 9 und 10). Vereinfacht gesagt, hat eine mittlere Zunahme der Erwerbsquote der Frauen denselben Effekt wie eine Erhöhung der Altersgrenze auf 67 Jahre – allerdings mit völlig unterschiedlicher Auswirkung bei der Altersstruktur der Erwerbspersonen. Wird davon ausgegangen, dass die beiden Effekte nahezu unabhängig voneinander sind, so könnte die Erhöhung der Erwerbsbeteiligung der Frauen um 10% im Zusammenhang mit Erhöhung der Regelaltersgrenze auf 67 Jahre den Rückgang der Erwerbsquote, der sich aufgrund des demographischen Wandels im Status quo ergeben würde, nahezu halbieren. Realiter ist der Effekt noch größer, da für die zusätzlich zu den Erwerbspersonen zählenden Frauen auch die neue Regelaltersgrenze gilt; dies wird durch die Abbildungen 11 und 12 verdeutlicht.

Resümee

Die vorgestellten Modellrechnungen geben nicht nur eine Antwort auf die Abhängigkeit der Bevölkerungsentwicklung bis 2050 von den jeweiligen Annahmen, sie liefern auch ausführliche Resultate über die mögliche zukünftige Entwicklung des Umfangs und des Anteils der Bevölkerung im Erwerbsalter. Für die Entwicklung der Anzahl der Erwerbspersonen sind zudem Veränderungen in der Erwerbsbeteiligung der Frauen berücksichtigt worden. Sowohl eine Erhöhung der Regelaltersgrenze in der gesetzlichen Rentenversicherung als auch eine höhere Frauenerwerbsbeteiligung können die durch den demographischen Wandel bedingten Lücken bei den Erwerbspersonen schließen helfen. Dies zeigt sich insbesondere, wenn der Anteil der Erwerbspersonen an der Bevölkerung in den Vordergrund gestellt wird.

Wie die Zukunft aussehen wird, wissen wir nicht. Wir können jedoch durch Modellrechnungen aufzeigen, was passiert, wenn ausgewählte Parameterkonstellationen eintreffen. Eines ist sicher: Ohne Wanderungen würde der Bevölkerungsumfang bis 2050 zusätzlich zum jetzt in der mittleren Bevölkerungsvariante aufgezeigten Rückgang von 82,44 auf 72,43 Millionen um etwa $8\frac{1}{2}$ (bei einem Wanderungssaldo von null) bis 10 Millionen (Sockelwanderung ebenfalls null) auf 64 bzw. $62\frac{1}{2}$ Millionen zurückgehen. Ohne die Rente mit 67 sowie eine höhere Erwerbsbeteiligung der Frauen würde nicht nur die Anzahl der Erwerbstätigen, sondern auch der Anteil der Erwerbspersonen an der Bevölkerung, also die Erwerbsquote, in kaum vertretbarem Maß sinken.

Literatur

- Babel, B. (2007), *Bevölkerungsvorausberechnungen unter besonderer Berücksichtigung von Unsicherheiten*, Eul, Lohmar, Köln.
- Babel, B. und E. Bomsdorf (2007), »Muss die Bevölkerung in Deutschland schrumpfen?«, *Wirtschaftsdienst* 87, 391–396.
- Birg, H. (2001), *Die demographische Zeitenwende. Der Bevölkerungsrückgang in Deutschland und Europa*, Beck-Verlag, München.
- Bomsdorf, E. (2004), »Life expectancy in Germany until 2050«, *Experimental Gerontology* 39, 159–163.
- Bomsdorf, E. (2008), »Arbeitskräftepotential und demografischer Wandel. Modellrechnungen für die Bundesrepublik Deutschland bis 2050«, *Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte* (1), 123–146.
- Bomsdorf, E. und B. Babel (2005), »Wie viel Fertilität und Migration braucht Deutschland?«, *Wirtschaftsdienst* 85, 387–394.
- Deutscher Bundestag (2002), »Herausforderungen unserer älter werdenden Gesellschaft an den Einzelnen und die Politik«, Bundestagsdrucksache 14/8800, Berlin, zugleich: Final Report submitted by the Enquete Commission on »Demographic Change: Challenges Posed by Our Ageing Society to Citizens and Policy-makers«, erweiterte Fassung, zur Sache 3/2002, herausgegeben vom Deutschen Bundestag, Referat Öffentlichkeitsarbeit.
- Deutscher Bundestag (2007), »RV-Altersgrenzenanpassungsgesetz«, Bundestagsdrucksache 16/3794, Berlin.
- Fuchs, J. (2006), *Rente mit 67 – Neue Herausforderungen für die Beschäftigungspolitik*, IAB Kurzbericht 16, Nürnberg.
- Hof, B. (2001), »Szenarien zur Entwicklung des Arbeitskräftepotentials in Deutschland«, *Politik und Zeitgeschichte* Bd. 8, 20–30.
- Schäfer, H. und S. Seyda (2004), »Arbeitsmärkte«, in: Institut der deutschen Wirtschaft (Hrsg.), *Perspektive 2050. Ökonomik des demographischen Wandels*, Institut der deutschen Wirtschaft, Köln, 97–120.
- Schirmacher, F. (2004), *Das Methusalem-Komplott*, Karl Blessing Verlag, München.
- Statistisches Bundesamt (2006), *Bevölkerung Deutschlands bis 2050*, Statistisches Bundesamt, Wiesbaden.

Neupositionierung der Fachhändler in Non-Food-Bereichen

22

Josef Lachner

Der Fachhandel einiger Non-Food-Sparten sah sich Ende der neunziger Jahre, teilweise auch noch zu Beginn dieses Jahrzehnts, mit einer deutlichen Veränderung seines Marktumfeldes und einem Rückgang der Umsätze konfrontiert. Die Zahl der Unternehmen ist deutlich geschrumpft. Den verbliebenen Firmen scheint es jedoch gelungen zu sein, Konzepte und Strategien zu entwickeln und zu verfolgen, die es ihnen ermöglichen, ihre Marktposition zu behaupten und teilweise sogar auszubauen. Für den Spielwarenfacheinzelhandel sowie den Einzelhandel mit Schreib- und Papierwaren, Schul- und Büroartikeln werden einige Facetten dieser Entwicklung exemplarisch dargestellt.

Phasenweise erhebliche Umsatzverluste im Non-Food-Fachhandel

Die schwache Konsumententwicklung in den vergangenen Jahren hat auch und vor allem in der Umsatztätigkeit des Einzelhandels ihre Spuren hinterlassen. Die nominalen Umsätze des Einzelhandels in Deutschland sind in den zurückliegenden Jahren nur leicht gestiegen, sie waren im Jahr 2007 lediglich um 7,7% höher als im Jahr 1997; real, also zu konstanten Verkaufspreisen betrachtet, war die Zunahme mit 2,7% noch geringer. Innerhalb des Einzelhandels verlief die Umsatzentwicklung nach Sparten allerdings recht unterschiedlich. Ein überdurchschnittliches Ergebnis erzielten die Unternehmen, die schwerpunktmäßig Nahrungs- und Genussmittel vertreiben und in diesem Bereich ein vielfältiges Sortiment führen, daneben jedoch auch Erzeugnisse außerhalb dieses Produktbereichs anbieten. Die nominalen Umsätze dieser Unternehmen, die Supermärkte, aber auch Verbrauchermärkte und Discounter betreiben, haben

von 1997 bis 2007 um 25,6% zugenommen (real: + 15,6%). Besonders erfolgreich waren dabei die Discountsysteme, die von der anhaltend hohen Preissensibilität der Konsumenten beim Einkauf von Waren des täglichen Bedarfs profitierten. Wie andere Geschäftsformate des Lebensmittelhandels haben sie ihr Warenangebot um Non-Food-Artikel erweitert. Mit zeitlich befristeten, preisgünstigen Sonderangeboten ausgewählter Produkte verschiedener Non-Food-Sparten haben die Lebensmittelsortimenter die Aufmerksamkeit der Konsumenten geweckt und animierten sie auch durch geschickte Präsentation zu Spontankäufen. Dabei haben sie die hohe Kundenfrequenz in ihren Läden genutzt und wurden damit temporär zu ernsthaften Wettbewerbern von Einzelhändlern in den betreffenden Non-Food-Sparten. Davon waren vor allem solche Fachzweige betroffen, deren Umsatzentwicklung durch eine starke saisonale Komponente geprägt ist. Das hat wohl dazu beigetragen, dass die Geschäfte in diesen Sparten an Umsatzbedeutung verloren haben. Im gesamten Non-Food-Bereich mussten die Geschäfte im Betrachtungszeitraum einen Rückgang der nominalen Umsätze um 5,4% hinnehmen. Dieses Minus ist teilweise auf eine Senkung der Verkaufspreise zurückzuführen, die angesichts des hohen Wettbewerbsdrucks erforderlich wurden; real ergab sich eine Verringerung um 2,7%. Besonders stark war von dieser Entwicklung der Einzelhandel mit Schreib- und Papierwaren, Schul- und Büroartikeln betroffen, dessen Umsätze zwischen 1997 und 2007 nominal um 14,7 und real um 23,0% zurückgegangen sind. Auch im Einzelhandel mit Spielwaren verringerten sich die Umsätze in dieser Zeitspanne. Nominal sanken sie um 3,4%; real belief sich der Rückgang auf 1,7%. Diese Umsatz-

Abb. 1
Entwicklung der nominalen Umsätze im Einzelhandel

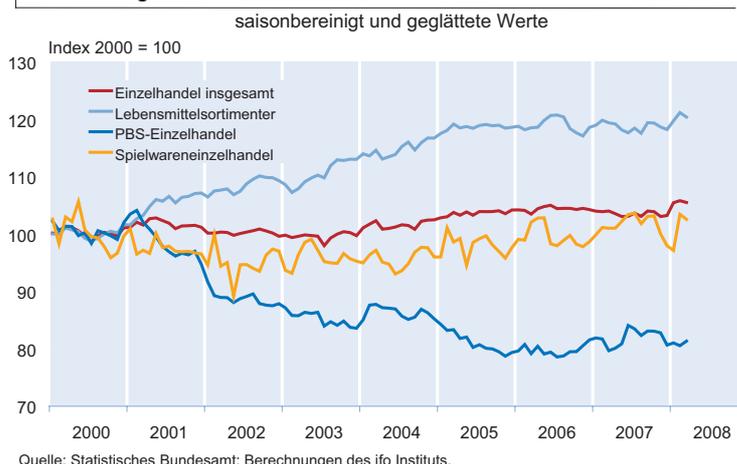


Abb. 2
Entwicklung der nominalen Umsätze im Einzelhandel mit Schreib-, Papierwaren, Schul- und Büroartikeln

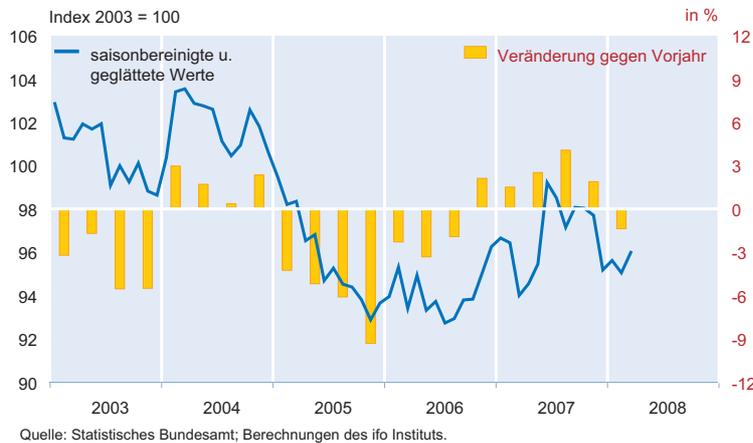
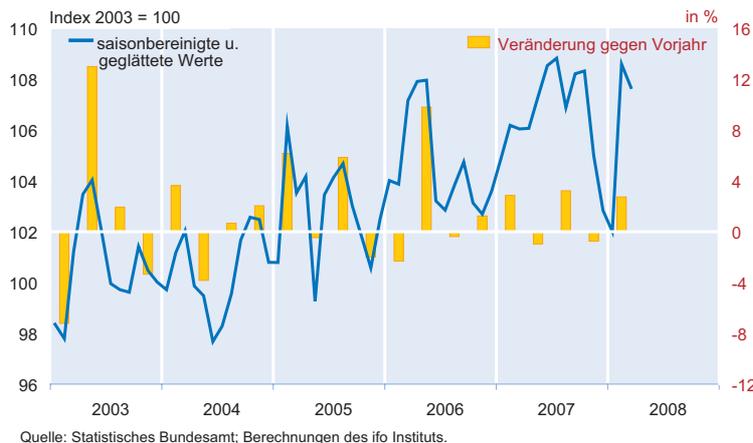


Abb. 3
Entwicklung der nominalen Umsätze im Einzelhandel mit Spielwaren



entwicklung spiegelt sich auch in einem Rückgang der Zahl der Unternehmen wider. Die Zahl der dem Facheinzelhandel zuzurechnenden Unternehmen ist im PBS-Einzelhandel in den zurückliegenden zehn Jahren um etwa 20% und im Spielwareneinzelhandel um nahezu 10% gesunken ist. Den verbliebenen Firmen scheint es in den zurückliegenden Jahren jedoch gelungen zu sein, den Abwärtstrend zu stoppen und eine moderate Aufwärtsentwicklung einzuleiten (vgl. Abb. 1, Abb. 2 und Abb. 3).

Einzelhandel mit Papier, Bürobedarf und Schreibwaren

Vielfältige Distributionswege

Unter den Vertriebstypen des Einzelhandels, die Produkte aus dem Sortimentsbereich »Papier, Bürobedarf und Schreibwaren« führen, nehmen Fachgeschäfte und Fach-

märkte eine Sonderstellung ein. Dabei zeichnen sich Fachgeschäfte, die häufig vom Inhaber geführt werden, durch ein umfangreiches Sortiment aus, das im Kern Artikel des Schüler- und Künstlerbedarfs, Papeteriewaren sowie Schreibwaren umfasst. Je nach Standort, Kundenzielgruppe und Wettbewerbssituation kann das Warenangebot jedoch unterschiedliche Schwerpunkte aufweisen. In den Zentren größerer Städte profilieren sich die Fachhändler mit Produkten renommierter Hersteller. Sie bieten in den einzelnen Produktparten ein breites Spektrum, das von Waren der mittleren Preisstufe bis zum Luxusartikel reicht. Geschäfte in kleineren und mittleren Städten, in Einzelhandelsagglomerationen von Stadtteilen sowie in Nebenlagen positionieren sich vorwiegend im mittleren Preissegment. Häufig haben sie ihr Waren- und Leistungsangebot über das PBS-Geschäft hinaus ausgedehnt, verkaufen Zeitungen, Zeitschriften und Tabakwaren, fungieren als Lottoannahmestelle oder Postagentur. Von dieser Diversifikation versprechen sie sich eine höhere Kundenfrequenz, eine stärkere Kundenbindung sowie eine Steigerung des Bonbetrags je Einkauf. An stark frequentierten Standorten, wie Bahnhöfen und Flugplätzen, haben PBS-Fachgeschäfte ihr Angebot oft um Geschenkartikel erweitert. Geschäfte in Nebenlagen der Innenstädte wenden sich verstärkt dem Bedarf von gewerblichen Abnehmern (z.B. Rechtsanwalts- und Steuerberatungskanzleien) und Home Offices zu. Ihr Sortiment umfasst dabei auch EDV-affine Verbrauchsgüter, wie Tinten, Toner und Druckpapier, sowie Gebrauchsgüter für die Büroausstattung (z.B. Ordnungsmittel aus Papier oder Metall). In diesem Sortimentsbereich sehen auch manche großflächigen Fachmärkte eine Profilierungsmöglichkeit. Die bevorzugten Standorte dieses Vertriebstyps sind die »grüne Wiese« sowie die Stadtrandlagen. Ihr Sortiment besteht hauptsächlich aus Produkten des unteren Preissegments. Den Großteil bieten sie in Selbstbedienung an. Bei der Zusammenstellung ihres Sortiments berücksichtigen sie, dass vor allem bei Büromaterial traditionelle Marken nach wie vor über eine hohe Anziehungskraft verfügen. Für erklärungsbedürftige Waren bieten sie fachmännische Kundenberatung. Mit Sonderverkäufen versuchen sie, ihr Image als preisgünstiger Anbieter zu stärken.

Die Umsatzsteuerstatistik des Statistischen Bundesamtes weist im Facheinzelhandel mit Schreib- und Papierwaren, Schul- und Büroartikeln für das Jahr 2006 reichlich 7 400 Un-

ternehmen aus, die einen Gesamtumsatz von gut 2,6 Mrd. € (ohne Mehrwertsteuer) erzielten. Die nach Umsatzgrößenklassen differenzierte Darstellung deutet darauf hin, dass die Unternehmen größtenteils klein oder mittelständisch sind. Etwa 95% der Fachgeschäfte kamen auf Jahresumsätze von weniger als 1 Mill. €. Die Dominanz mittelständischer Unternehmen kommt auch in der Rechtsformenstruktur zum Ausdruck. Reichlich 85% der PBS-Einzelhändler firmieren als Einzelunternehmen, weitere 7,5% als offene Handelsgesellschaften oder Kommanditgesellschaften.

Intensiver Wettbewerb besteht nicht nur zwischen den verschiedenen Betriebsformen und Geschäftstypen des Fachhandels. Auch Warenhäuser, SB-Warenhäuser und Verbrauchermärkte, die ein dauerhaftes Warenangebot aus dem PBS-Sortiment führen, tragen dazu bei. Hinzu kommt das Engagement branchenfremder Anbieter. Da sich die Aktionen der Lebensmittelsortimenter vor allem auf das Angebot von Standardprodukten beziehen, haben sie speziell in diesem Bereich verstärkten Preiswettbewerb zur Folge.

Fachgeschäfte suchen neue Profile

Um dem Preiswettbewerb auszuweichen, reagieren mittelständische Fachgeschäfte des PBS-Einzelhandels auf das massive Engagement branchenfremder Vertriebsformen mit zahlreichen Konzepten und Strategien. Angesichts dieses Wettbewerbsumfeldes, bei dem zunehmend auch Fachmärkte für Unterhaltungselektronik eine Rolle spielen, profilierte sich der Fachhandel schon in der Vergangenheit durch eine Anpassung des Sortiments, um seine spezifischen Kompetenzen besser zur Geltung zu bringen. Daneben spielen aber auch weitere Instrumente eine Rolle, wie die Qualifizierung des Personals, die Verstärkung der Werbeaktivitäten, die Veränderungen des Standorts und der Gestaltung des Ladenlokals, sowie die Zusammenarbeit mit Kollegenfirmen im Rahmen von Kooperationen.

Die Fachhändler versuchen mit den verschiedenen Aktivitäten, sich als unverwechselbarer Anbieter im Markt zu positionieren, also Profil zu gewinnen und damit zur Marke zu werden. Eine zentrale Rolle spielt dabei ein attraktives Sortiment, das teilweise auch Elemente aus anderen Einzelhandelssparten enthält. Manche Geschäfte bilden spezifische Sortimentsschwerpunkte entsprechend ihren Kompetenzfeldern (z.B. Schreibwaren, Künstlerbedarf), variieren ihr Warenangebot im Zeitablauf und stellen Produktinnovationen besonders heraus. Sie fungieren als Ideengeber und signalisieren ihren Kunden, dass sich der Besuch ihres Geschäftes nicht nur für die Erfüllung einer konkreten Kaufabsicht lohnt. Sie versuchen darüber hinaus eine betriebliche Aufwertung, mit Hilfe aller Leistungskomponenten von der Produktpräsentation über die Schaufenstergestaltung bis zur Kundenberatung. Dabei werden die Fachgeschäfte von ihren Großhändlern unterstützt, die neben Standardleistung-

gen, wie einem umfangreichen Angebot einschlägiger Produkte und kurzfristiger Belieferung, auch Service- und Marketingleistungen erbringen (z.B. Werbe- und Dekorationsmittel sowie Produkt-Displays). Um einen Überblick über die unterschiedlichen Maßnahmen zu gewinnen, nutzen die Fachhändler die von den Großhändlern durchgeführten Hausmessen.

Auch jene Fachhändler, die den Absatz von Bürobedarf als strategisches Marktfeld besetzt haben, sind auf die Leistungsfähigkeit des Partners auf der Großhandelsstufe und die reibungslose Zusammenarbeit der Unternehmen beider Distributionsebenen angewiesen. Das gilt vor allem bei sehr umfangreichen Sortimenten. Für das Geschäft mit gewerblich orientierten Bürobedarfshändlern haben die Großhändler oftmals Kataloge zusammengestellt, mit denen die Partnerunternehmen auf der Einzelhandelsstufe ihr Leistungsspektrum verdeutlichen können. Obwohl webbasierte Bestellsysteme im Vergleich zum traditionellen Katalog aktueller sein können und eine höhere Listungsgeschwindigkeit ermöglichen, sehen viele Fachhändler den gedruckten Katalog als wichtiges und unverzichtbares Instrument im Geschäft mit den Endkunden an.

Spielwareneinzelhandel

Branchenfremde Anbieter nutzen hohe Saisonabhängigkeit

Auch für den Einkauf von Spielwaren bietet der Einzelhandel in Deutschland den Konsumenten ein vielfältiges Spektrum an Geschäftstypen, die unterschiedliche Anforderungen erfüllen. Die Fachgeschäfte führen ein beratungsintensives Produktangebot, bei dem sie die Fachkompetenz ihres Personals zur Geltung bringen können. Auf kleinerer Fläche präsentieren sie als Spezialisten ein auf wenige Sparten konzentriertes Warenangebot in den unterschiedlichen Preislagen, auf größerer Fläche agieren sie als Vollsortimenter. Spielwarenfachmärkte profilieren sich als preiswerte Angebotsform, beschränken sich häufig auf Produkte des unteren bis mittleren Preissegments, die in der Regel zur Selbstbedienung angeboten werden. Bevorzugt besetzen sie verkehrsgünstig gelegene Standorte an der Peripherie der Städte und auf der »Grünen Wiese«. Neben den unterschiedlichen Geschäftstypen des Fachhandels vertreiben auch Warenhäuser dauerhaft Spielwaren. In manchen Filialen stellt das Spielwarenangebot ein wichtiges Standbein dar. Vor allem Niederlassungen in größeren Städten, die als Flaggschiff-Geschäfte ausgebaut sind, verfügen über reichhaltig bestückte Spielwarenabteilungen. Dabei dominieren Produkte renommierter Hersteller. An der starken saisonalen Nachfragersteigerung in der Vorweihnachtszeit wollen die Warenhäuser mit Verkaufsaktionen zusätzlich partizipieren. Auch Buchläden, Möbelhäuser oder Baumärkte füh-

ren Spielwaren als Rand- oder Aktionsassortiment. Lebensmittelhändler, wie Super- und Verbrauchermärkte, erweitern ihr Warensortiment in Phasen starker Spielwarennachfrage sporadisch durch preiswerte Produkte mit geringem Erklärungsbedarf. Speziell bei den SB-Warenhäusern gehören Spielwaren mit Schwerpunkt im unteren Preissegment zum Non-Food-Sortiment. Traditionell sind in dieser Sparte Katalog-Versandhändler aktiv. In den zurückliegenden Jahren hat sich das Internetgeschäft besonders lebhaft entwickelt. Es profitierte von den Möglichkeiten der raschen Angebotsvariation und kurzfristiger anberaumter Preisaktionen.

Im stationären Spielwarenfacheinzelhandel waren der Umsatzsteuerstatistik zufolge im Jahre 2006 reichlich 3 800 Unternehmen tätig, die einen Gesamtumsatz von gut 1,7 Mrd. € (ohne Mehrwertsteuer) erzielten. Dieser umfasst in erster Linie den Absatz traditioneller Spielwaren, daneben aber auch Videospiele. Diese haben in den zurückliegenden Jahren an Bedeutung gewonnen. Manche Geschäfte bieten Zusatzsortimente an, wie Schreibwaren, Schul- sowie Geschenkartikel.

Günstigere Perspektiven durch Stärkung der Vertriebskompetenz

Der heftige Wettbewerb veranlasst die verschiedenen Geschäftstypen des Spielwarenfacheinzelhandels, ihre Attraktivität zu steigern. Dabei verfolgen sie Konzepte, mit denen sie ihre spezifische Leistungsfähigkeit verstärkt zum Ausdruck bringen. So stellen Fachmärkte in ihrem Marketing das besonders preisgünstige Angebot in den Vordergrund und ordnen dieser Marketingausrichtung auch andere betriebswirtschaftliche Funktionen wie die Beschaffung, die Ladengestaltung sowie die Zusammenstellung der Sortimente unter. Die Konsumenten finden in den Fachmärkten der einzelnen Unternehmen ortsunabhängig ein weitgehend übereinstimmendes Sortiment von Produkten mit geringem Beratungsbedarf, die sich damit für die Selbstbedienung eignen. Die Bündelung der Beschaffung für alle Filialen beschleunigen den Betreibern in der Regel vergleichsweise günstige Einkaufskonditionen. Hinzu kommt, dass sich ihr Angebot innerhalb bestimmter Produktfamilien auf die Erzeugnisse weniger Hersteller konzentriert. Der weitgehende Verzicht auf Fachpersonal trägt außerdem zum kostengünstigen Vertrieb bei. Mittelständische Fachgeschäfte bevorzugen im Absatz ihres vielfältigen und teilweise anspruchsvollen Sortiments dagegen die persönliche Kundenansprache sowie die kompetente Beratung. Dieses Konzept verfolgen sowohl Sortimenter als auch Spezialisten des Spielwarenfacheinzelhandels. Mit Preisnachlässen operieren sie nur in Ausnahmefällen, beispielsweise zum Zwecke der kurzfristigen Verringerung von Lagerbeständen.

Speziell die Vollsortimenter unter den Spielwarenfachgeschäften müssen mit einer kontinuierlichen Veränderung

ihres Sortiments für eine erhöhte Kundenfrequenz sorgen. Neben Produkten, die im jahreszeitlichen Rhythmus das Angebot prägen (Papierdrachen im Herbst, Schlitten im Winter etc.), können Lizenzprodukte mit aktuellem Bezug für Attraktivität sorgen. Die Fachgeschäfte haben aber auch auf die zunehmende Beliebtheit elektronischer Spielwaren reagiert und diese Produkte in ihr Warenangebot integriert. Manche Spielwarengeschäfte konnten sich in den zurückliegenden Jahren stärker als Vollausstatter für Kinder einer bestimmten Kundenzielgruppe und Altersklasse in ihrem lokalen Markt positionieren. Teilweise haben sie ihr Sortiment selektiv um Produkte benachbarter Sparten erweitert, etwa um Baby- und Kleinkindbedarf oder Schreibwaren und Schulbedarf. Um diesen Geschäften in den verschiedenen Produktbereichen die Beschaffung geeigneter Produkte zu ermöglichen, arbeiten Kooperationen von Spielwarenhändlern – auf der Großhandelsstufe – mit Gruppen zusammen, die in diesen Sparten über entsprechende Kernkompetenzen verfügen. In größeren Spielzeuggeschäften, oft handelt es sich um die »lokalen Platzhirsche« dieser Sparte, versuchen Hersteller bekannter Markenprodukte in eigenen Abteilungen ihre Erzeugnisse ausschließlich oder gemeinsam mit Artikeln renommierter Hersteller aus anderen Bereichen anzubieten. Mit derartigen Markenpräsentationen in anspruchsvollem Ambiente wollen die Unternehmen sowohl der Hersteller- als auch der Einzelhandelsstufe ihren Premiumanspruch unterstreichen.

Die Sortimente der Spezialanbieter spiegeln häufig die persönliche Begeisterung der Inhaber für einen Produktbereich wider. Oftmals führen sie auf relativ kleiner Verkaufsfläche eine einzigartige Auswahl an Spielwaren, die sie durch ausgewählte Bücher ergänzen. Vor allem bei anspruchsvollen Produktangeboten wie Modellflugzeugen oder Experimentierkästen, spielt die Beratungsqualität eine wichtige Rolle. Auf Spieltischen werden klassische Produkte, aber auch Neuheiten präsentiert. Um Multiplikatoren anzusprechen, veranstalten die Inhaber auch Spieleabende in Grundschulen oder Kindergärten. Hier kommt es vor allem auf die aktive »Mitarbeit« der potenziellen Käufer an.

Soweit sich die Einzelhändler Kooperationen angeschlossen haben, delegieren sie häufig zahlreiche betriebswirtschaftliche Funktionen an die Zentrale, können sich dadurch weitgehend auf den Verkauf und die Kundenbedienung konzentrieren und verbessern damit ihre Stellung im Wettbewerb. Die Zentralen versuchen, für jede Warengruppe ein vollständiges Angebot der relevanten Lieferanten zu bieten. Die Bündelung der Beschaffungsmengen für die einzelnen Mitgliedsfirmen ermöglicht es ihnen, Rahmenvereinbarungen mit den Lieferanten zu treffen, die ihren Mitgliedern günstige Liefer- und Zahlungsbedingungen garantieren. Die Anschlusshäuser profitieren beispielsweise von geringen Mindestbestellmengen und hoher Lieferbereitschaft, mit positiven Folgen für die Kapitalbindung.

Die Kooperationen unterstützen ihre Mitgliedsunternehmen auch mit Handelsmarken, die den einzelnen Geschäften eine gewisse Exklusivität in ihrem jeweiligen lokalen Markt sichern, die Kundenbindung stärken und die Frequenz steigern. Die in Fachgeschäften angebotenen Handelsmarken müssen in erster Linie höchsten Sicherheits- und Qualitätsanforderungen genügen. Ein vergleichsweise günstiger Verkaufspreis steht hingegen nicht im Vordergrund des Angebots.

Fazit

Die Geschäfte des mittelständischen Facheinzelhandels im Spielwareneinzelhandel sowie im Einzelhandel mit Papier, Bürobedarf und Schreibwaren müssen sich mit einem eigenständigen Sortiment und kompetenter Beratung profilieren. Um die Kundenfrequenz außerhalb saisonal günstiger Umsatzentwicklungen zu steigern, sind sie gehalten, in ihrem Warenangebot laufend Akzentverschiebungen vorzunehmen. Hausmessen von Großhändlern und Verbundgruppen stellen eine wichtige Plattform dar, auf der sich die Einzelhändler über Produktinnovationen sowie die verschiedensten Hilfsmittel für die Durchführung von Aktionen informieren können. Damit sie sich vollständig auf den Kundenkontakt konzentrieren können, sollten sie geeignete Marketing- und Serviceangebote von Großhändlern und Kooperationen nutzen.

Literatur

- Crescenti, M. (2008), »Büro- und Schreibwaren – Ein Lebenszeichen«, *Der Handel* (2), 24.
- Steffens, H.C. (2008), »Wohin geht die PBS-Branche?«, *Office&paper* (2), 8–10.
- Bundesverband des Spielwaren-Einzelhandels e.V. (2008), »Spielwarenmesse 2008: Spielwaren machen schlau«, Abschlusspressekonferenz der Internationalen Spielwarenmesse am 12. Februar 2008.
- O.V. (2008), Neue Konsolen bringen Spielebranche Umsatzschub, *Frankfurter Allgemeine Zeitung* 10. März 2008, 19.

Ludwig Dorffmeister

Die Immobilienkrise in den USA und die damit einhergehende internationale Finanzkrise haben europaweit zu massiven Verlusten im Finanzsektor geführt. Insbesondere die Liquiditätskrise – die fehlende Bereitschaft der Kreditinstitute sich untereinander Geld zu leihen – löste in vielen europäischen Ländern einen deutlichen Anstieg der Bauzinsen aus. Überdies veranlasste die Angst vor weiteren Einbußen die Banken dazu, ihre Kreditbedingungen drastisch zu verschärfen. Zusammen mit der allgemeinen konjunkturellen Abkühlung sind dies keine guten Vorzeichen für die prozyklische Bauwirtschaft. Nach den Analysen der Euroconstruct-Institute¹ dürfte das europäische Bauvolumen deshalb in diesem Jahr zum ersten Mal seit 2002 wieder leicht schrumpfen. Auch damals ging der weltweite wirtschaftliche Abschwung von Amerika aus, als die Verunsicherung der Bevölkerung nach den Anschlägen vom 11. September 2001 rapide zunahm. Einziger echter Lichtblick in den nächsten Jahren wird aller Voraussicht nach der Tiefbau sein. Der weitere Ausbau der europäischen Infrastruktur bildet das Gegengewicht zu den Hiobsbotschaften im Wohnungsbau, die vor allem aus Spanien und Irland kommen.

Das europäische Bauvolumen hat im vergangenen Jahr (in Preisen von 2007) die 1,5 Bill. Euro-Marke überschritten. Fast die Hälfte der Bautätigkeiten entfiel dabei auf den Wohnungsbau, gefolgt vom Nichtwohnhochbau mit rund 32% sowie dem Tiefbau mit 21%. Eine besondere Bedeutung kommt in diesem Zusammenhang den Bestandsmaßnahmen zu. Vergangenes Jahr betrug der Anteil von Renovierungs- und Modernisierungsmaßnahmen am gesamten Bauvolumen 43%, während die Errichtung neuer Gebäude bzw. Bauwerke rund 57% aller baulichen Aktivitäten ausmachte.

In den vier osteuropäischen Ländern Polen, Slowakei, Tschechien und Ungarn spielt die Neubautätigkeit eine ungleich

wichtigere Rolle als in Westeuropa. Viele Gebäude aus den Zeiten des Kommunismus erfahren in der Regel keine aufwendige Sanierung, sondern werden abgerissen und durch neue ersetzt. Zudem liegt eine hohe Priorität auf dem raschen Ausbau der Verkehrsinfrastruktur. Der Aufholbedarf in Bezug auf die Infrastruktur ist nach wie vor groß. Dies drückt sich in einer Neubauquote von rund 70% aus.

Deutschland mit dem größten Bauvolumen

Allerdings ist der Anteil der Bauleistungen dieser vier Länder am europäischen Bauvolumen – bei bloßer Umrechnung in Euro-Werte unter Vernachlässigung der tatsächlichen Kaufkraft in den jeweiligen

¹ Das europäische Forschungs- und Beratungsnetzwerk »Euroconstruct« wurde 1975 gegründet. In diesem Verbund kooperieren Institute mit spezifischem Know-how im Bau- und Immobiliensektor aus 15 westeuropäischen sowie vier mittelosteuropäischen Ländern; weitere Länder werden »nachrichtlich« einbezogen. Den Kern der Euroconstruct-Aktivitäten bilden Konferenzen, die zweimal jährlich an wechselnden Orten in Europa veranstaltet werden. Außerdem werden Spezialstudien zu den längerfristigen Perspektiven und zu den Strukturveränderungen im europäischen Bausektor erstellt. Das ifo Institut für Wirtschaftsforschung ist Gründungsmitglied und deutsches Partnerinstitut des Netzwerks. Das Euroconstruct-Netzwerk umfasst die »alten« EU-Länder Belgien, Dänemark, Deutschland, Finnland, Frankreich, Großbritannien, Irland, Italien, Niederlande, Österreich, Portugal, Schweden und Spanien sowie die Nicht-EU-Länder Norwegen und Schweiz. (insgesamt 15 westeuropäische Staaten); von den vier mittelosteuropäischen »neuen« EU-Ländern sind Polen, die Slowakei, Tschechien und Ungarn vertreten.

Abb. 1
Bauvolumen in Europa

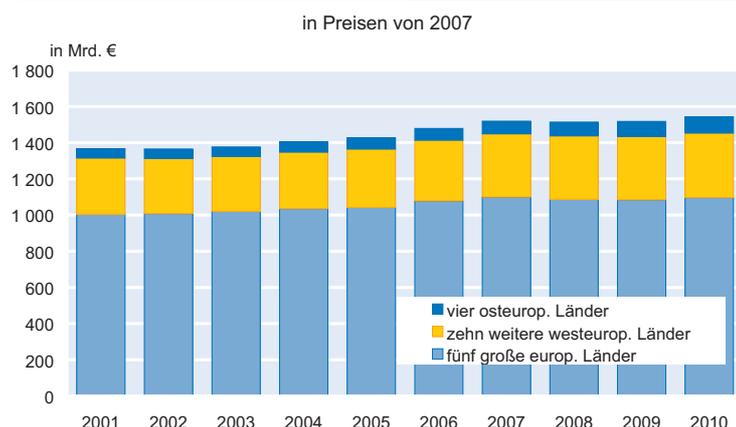
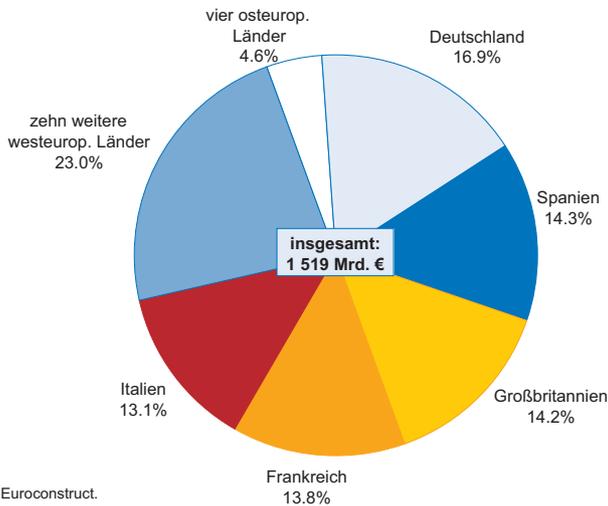


Abb. 2
Bauvolumen insgesamt in Europa nach Ländern 2007



Quelle: Euroconstruct.

Ländern – mit etwa 5% immer noch relativ gering. Und er wird im Prognosezeitraum bis 2010 auch nicht wesentlich zunehmen (vgl. Abb. 1). Auf die zehn kleineren westeuropäischen Länder Belgien, Dänemark, Finnland, Irland, Niederlande, Norwegen, Österreich, Portugal, Schweden und die Schweiz entfielen 2007 dagegen 23% der europäischen Bautätigkeit. Die mit Abstand umfangreichsten Bauleistungen werden in den fünf großen europäischen Flächenstaaten Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien und Spanien erbracht, wobei Deutschland mit knapp 17% den vordersten Rang einnimmt (vgl. Abb. 2). Die Differenz von etwa 4 Prozentpunkten zwischen Deutschland und dem »Gruppenletzten« Italien (13%) beträgt dabei immerhin rund 55 Mrd. €.

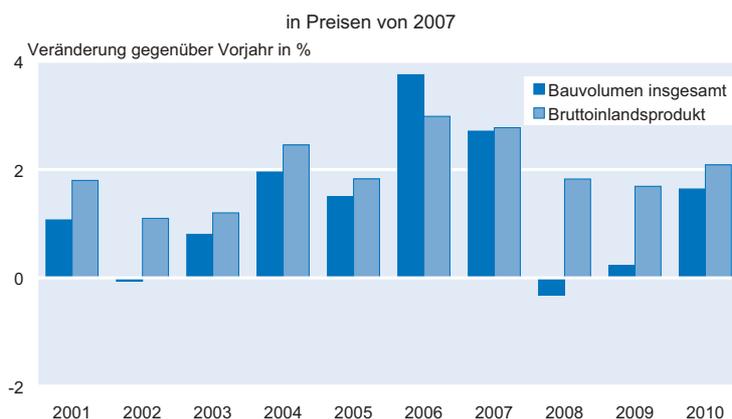
Nach dem ausgeprägten Wachstum der Bauaktivitäten in den vergangenen beiden Jahren wird der europäische Bau-

sektor bis 2010 voraussichtlich eine spürbare Schwächephase erleben. Expandierte das Bauvolumen zwischen 2005 und 2007 im Durchschnitt noch mit mehr als 2 1/2% pro Jahr, dürfte der jährliche Zuwachs zwischen 2008 und 2010 lediglich rund 1/2% betragen. Für das laufende Jahr rechnen die Bau-Experten dabei mit einem leichten Rückgang der Baumaßnahmen in Europa, während für 2009 immerhin von einem geringfügigen Wachstum von knapp 1/2% ausgegangen wird (vgl. Abb. 3). Diese Entwicklung gilt allerdings nur für Westeuropa. In den osteuropäischen Staaten bleibt der Bausektor nach wie vor auf Expansionskurs. Die durchschnittlichen jährlichen Zuwachsraten dürften dabei bis 2010 sogar um rund einen Prozentpunkt höher liegen als in den vergangenen drei Jahren.

Wirtschaftsabschwung belastet Bauwirtschaft ...

Einer der Hauptgründe für die Stagnation der Bauleistungen ist die in vielen Ländern zu beobachtende konjunkturelle Abkühlung infolge der Immobilienkrise in den USA und der sich anschließenden internationalen Finanzkrise. Darüber hinaus belasten die gestiegenen Energie-, Rohstoff- und Lebensmittelpreise sowie der hohe Wechselkurs des Euro sowohl die Unternehmen als auch die privaten Haushalte. Das verlangsamte Wirtschaftswachstum wirkt sich dämpfend auf die gewerbliche Baunachfrage aus. Aufgrund der sinkenden Nachfrage verringert sich etwa die Kapazitätsauslastung der Unternehmen; als Folge hiervon schrumpfen auch deren Gewinne. Dies führt unter anderem zu einer verringerten Investitionsneigung der Firmen. Der Bau neuer Fabriken oder Lagergebäude wird in die Zukunft verschoben. Auch die Sanierung des Gebäudebestandes wird von der aktuellen konjunkturellen Lage negativ beeinflusst.

Abb. 3
Bauvolumen insgesamt und Bruttoinlandsprodukt in Europa



Quelle: Euroconstruct.

Die weiter schwelende Finanzkrise wird sich vor allem in einer sinken Nachfrage nach Bürogebäuden niederschlagen. Der von einer Reihe von Kreditinstituten angekündigte Personalabbau dürfte den Bedarf an zusätzlichen Büroarbeitsplätzen deutlich reduzieren. Dies wird voraussichtlich zu einem Rückgang im Büroneubau in den Jahren 2009 und 2010 führen.

Nach einer Erhöhung des Bruttoinlandsprodukts um 1,8% 2006 bzw. 1 1/2% 2007 wird **Italien**, die viertgrößte Volkswirtschaft Europas, mit einem Plus von lediglich 1/2% im laufenden Jahr das zweitniedrigste Wachstum im Euroconstruct-Gebiet aufweisen. Gerade die rapide gestiegenen Preise

für Öl und Gas belasten das Land, das seinen Energiebedarf überwiegend aus dem Import dieser Energieträger deckt. Nach dem Ausstieg aus der Kernenergie infolge der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl, plant die italienische Regierung allerdings den Bau einer Reihe von Atomkraftwerken der neuen Generation, um damit die Abhängigkeit von den fossilen Brennstoffen zu reduzieren. Für die beiden nächsten Jahre wird für Italien, das sich seit geraumer Zeit in einem Reformstau befindet und dringend eine Entbürokratisierung benötigen würde, mit einer im europäischen Vergleich weit unterdurchschnittlichen gesamtwirtschaftlichen Entwicklung gerechnet.

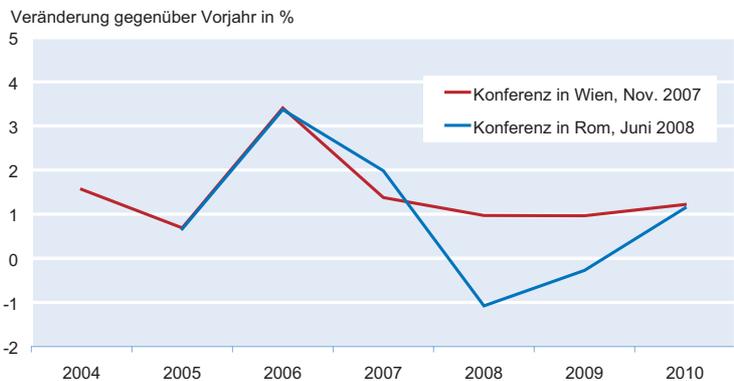
... hinzu kommen höhere Bauzinsen und strengere Kreditbedingungen ...

Auch **Irland** hat neuerdings mit wirtschaftlichen Problemen zu kämpfen. Zwischen 2000 und 2007 stieg das Bruttonationalprodukt um durchschnittlich 4,6% pro Jahr, nach 8,1% im Zeitraum von 1995 bis 1999. Im laufenden Jahr wird es jedoch zu einer Stagnation kommen, und auch 2009 dürfte die irische Wirtschaft nur um rund 2% expandieren. Hauptursachen hierfür sind die Subprime-Krise in den USA und die Auswirkungen der internationalen Finanzmarktkrise. Der gestiegene Kostendruck der ansässigen Banken führte unter anderem zu höheren Bauzinsen und strengeren Kreditbedingungen. Sowohl für Bauentwickler als auch Immobilienkäufer ist die Finanzierung damit erheblich schwieriger geworden. Das Bauvolumen, das 2007 noch rund ein Fünftel des Inlandsprodukts ausmachte, wird 2008 voraussichtlich um etwa 18% abnehmen.

Bereits im vergangenen Jahr hatte sich aufgrund der sich eintrübenden wirtschaftlichen und auch demographischen Aussichten ein Abschwung im vom Wohnungsbau dominierten irischen Bausektor angedeutet. Die große Abhängigkeit von amerikanischer und britischer Konsum- und Investitionsnachfrage spielte dabei eine besondere Rolle. Der hohe Eurokurs im Verhältnis zum US-Dollar sowie zum britischen Pfund ließ nämlich die vormalige Bedeutung Irlands als Handelspartner und Produktionsstandort sukzessive sinken.

Im Gegensatz zu den Prognosen auf der letzten Winterkonferenz gingen die Mitgliedsinstitute der fünf großen europäischen Länder auf der diesjährigen Sommerveranstaltung von einem Rückgang der Bauleistungen in den Jahren 2008 und 2009 aus (vgl. Abb. 4). Der Wert für 2007 konnte dagegen leicht nach oben korrigiert werden. Während für Deutschland und Frankreich bis 2009 ein moderates

Abb. 4
Entwicklung des Bauvolumens insgesamt in den fünf großen europäischen Ländern



Quelle: Euroconstruct.

Wachstum von jährlich rund 1 bis 1 1/2% erwartet wird, dürften die Bauleistungen in Großbritannien stagnieren. Noch schlechter wird sich aller Voraussicht nach der Bausektor in Italien entwickeln. Hier ist von einem Rückgang von rund 2% p.a. auszugehen. Am stärksten dürfte Spanien von der konjunkturellen Flaute im Baubereich betroffen sein. In diesem Jahr wird mit einer Schrumpfung der spanischen Bauleistungen von fast 6% gerechnet. Nach einer weiteren Verminderung der Baumaßnahmen in 2009 um knapp 4% sollte 2010 wieder ein realer Zuwachs von rund 1 1/2% möglich sein. Auch in den übrigen Euroconstruct-Ländern wird für das Jahr 2010 mit dem Ende der Turbulenzen an den Baumärkten und einem erneut einsetzenden Aufschwung gerechnet.

Nach den vorliegenden Prognosen wird sich unter den fünf großen europäischen Flächenländern in **Deutschland** die Bautätigkeit bis 2010 noch am günstigsten entwickeln. Das liegt hauptsächlich daran, dass sich die deutsche Wirtschaft in einer wesentlich robusteren Verfassung präsentiert, als dies viele Experten noch zu Beginn dieses Jahres erwartet hatten.

Nach der neuesten Konjunkturprognose des ifo Instituts vom Juni 2008 (vgl. Carstensen et al. 2008) wird das Bruttoinlandsprodukt im laufenden Jahr mit 2,4% ähnlich stark ansteigen wie 2007 (+ 2 1/2%). 2009 dürfte ein deutlicherer Abschwung erfolgen als ursprünglich erwartet (BIP: + 1,0% statt + 1,2%). Das Auslandsgeschäft läuft trotz des starken Euro nach wie vor gut. Deutschland profitiert dabei insbesondere von seinen technologischen Spitzenprodukten in den Bereichen Chemie, Maschinen- und Fahrzeugbau, Elektrotechnik oder auch Energie. Hinzu kommt eine leichte Belebung des inländischen Konsums, des bisherigen Sorgenkinds der deutschen Volkswirtschaft. Diese vergleichsweise günstigen Rahmenbedingungen sorgen unter anderem für wichtige Impulse im Wirtschaftsbau.

Darüber hinaus gewähren die nach den Vorhersagen des Arbeitskreises »Steuerschätzungen« auch in den nächsten Jahren stetig steigenden Steuereinnahmen den Gebietskörperschaften – auch unter Berücksichtigung einer moderaten Schuldentilgung – immer größere Spielräume für öffentliche Investitionen, z.B. für den Ausbau oder die Modernisierung der Verkehrsinfrastruktur. Dies hat bereits zu der positiven Entwicklung der Tiefbaumaßnahmen in den Jahren 2006 und 2007 geführt. 2008 und 2009 dürfte der Tiefbau insgesamt um durchschnittlich rund 3% pro Jahr zunehmen, was auch auf steigende private Investitionen im Energie- und Telekommunikationsbereich zurückzuführen sein dürfte.

... sowie eine schrumpfende Kaufkraft

Daneben führt die verbesserte finanzielle Verfassung des Staates zu erweiterten Ausgaben im Nichtwohnhochbau. So hat etwa der mit dem Umdenken in der Bildungs- und Familienpolitik zusammenhängende Ausbau der Ganztagschulen und der Kinderbetreuung zusätzliche bauliche Investitionen zur Folge. Dagegen ist der Wohnungsbau in Deutschland, nach einer eindrucksvollen Erholung 2006, zumindest bis 2009 von Stagnation gekennzeichnet. Nach dem endgültigen Auslaufen der Eigenheimzulage und der degressiven AfA zu Beginn des Jahres 2006 sind ähnliche Anreize von Seiten des Staates bisher ausgeblieben. Der Kaufkraftverlust infolge höherer Inflation sowie der Anstieg der Baupreise (2007: + 7,2%) tun ein Übriges. Ab 2010 dürfte sich jedoch die Nachfrage nach Wohnungen wieder verstärken. Gründe hierfür sind etwa die weiter wachsenden Haushaltszahlen, die nur moderat steigenden Kreditzinsen und die guten wirtschaftlichen Perspektiven. Vor allem aber lassen die Tarifabschlüsse der letzten Zeit – zumindest mittelfristig – auf einen Anstieg der realen Einkommen schließen. Für 2009 wird darüber hinaus wieder von einer geringeren Verteuerung der Verbraucherpreise ausgegangen.

Auch in Frankreich spielt die Finanzkrise eine geringere Rolle als in vielen anderen europäischen Ländern. Gleichwohl belastet die weltweite konjunkturelle Abkühlung auch die französische Wirtschaft, deren internationale Wettbewerbsfähigkeit weiter abnimmt. Zudem bleiben der Regierung infolge der Entlastung der Bürger in Höhe von 13 Mrd. €, etwa aufgrund von Steuergutschriften bei Inanspruchnahme von Wohnungsbaukrediten, immer weniger finanzielle Spielräume für wichtige Reformen, beispielsweise im Bereich der Arbeitsmärkte oder des Rentensystems. Experten gehen daher von baldigen Steuererhöhungen aus, z.B. von einer Anhebung der Mehrwertsteuer. Dies hätte jedoch weitere negative Auswirkungen auf das ohnehin sinkende verfügbare Einkommen und damit auf den Konsum.

Die Vorhersagen für die französische Baubranche sind angesichts der gegebenen Rahmenbedingungen noch vergleichsweise gut. Auf der anderen Seite wird das Bauvolumen in Frankreich in den nächsten Jahren mit deutlich geringeren Wachstumsraten expandieren als noch in den Jahren zuvor. Zwischen 2005 und 2007 lag der durchschnittliche jährliche Zuwachs noch bei gut 3 1/2%, im Prognosezeitraum bis 2010 dürfte der Anstieg hingegen nur leicht über 1% pro Jahr betragen.

Das Wohnungsbauvolumen wies zum letzten Mal im Jahr 2006 ein kräftiges Wachstum aus (+ 4,3%). Dagegen erreichten die Fertigstellungszahlen erst 2007 mit insgesamt gut 420 000 Einheiten ihren zyklischen Höhepunkt. Die Immobilienpreise haben seitdem spürbar nachgegeben. Auch die Bedingungen für Baukredite verschärfen sich und die Zinsen stiegen an. Große Hoffnungen ruhen indessen auf einer Ausweitung der Bestandsmaßnahmen infolge der steigenden Anstrengungen hinsichtlich Energieeinsparung und Verringerung von CO₂-Emissionen.

Der Nichtwohnhochbau leidet sowohl unter der konjunkturellen Schwäche als auch unter den üblichen Einschränkungen der öffentlichen Investitionen im Anschluss an Kommunalwahlen (+ 1,7% in 2008 nach + 4,2% in 2007). Angesichts der hohen Verschuldung des öffentlichen Sektors hat die Regierung ein Stabilitätsprogramm initiiert, das auch den Straßenbau in Frankreich betrifft. Die Investitionen in diesem Sektor sollen 2008 und 2009 um jeweils etwa 1 1/2% zurückgefahren werden. Die Auswirkungen auf den Tiefbau insgesamt sind unübersehbar (+ 1,1% in 2008 nach 8,8% in 2007). Allerdings dürften auch in den Bereichen Telekommunikation und Energie- und Wasserversorgung die Investitionen deutlich geringer ausfallen.

Großbritannien haben die Finanzmarkturbulenzen gerade aufgrund der Fokussierung auf diesen Wirtschaftsbereich besonders stark getroffen. Der Immobilienmarkt ist schwer angeschlagen, und die Verunsicherung ist nach wie vor groß. So vergeben einige Finanzierungsinstitute vorerst keine Hypothekenkredite mehr. Die großen Wohnungsbaugesellschaften haben bereits Gewinnwarnungen herausgegeben, Mitarbeiter entlassen und ihre Prognosezahlen hinsichtlich der Baubeginne stark nach unten korrigiert. Speziell der Wohnungsneubau dürfte in den Jahren 2008 bis 2010 im Schnitt um fast 2% p.a. schrumpfen. Im laufenden Jahr wird der Rückgang wohl sogar über 7% betragen.

Im öffentlichen Hochbau stimulieren indes die Vorarbeiten für die Olympischen Spiele 2012 und das ambitionierte »Building Schools for the Future«-Programm der Regierung, das bisher größte Investitionsvorhaben im Schulbereich überhaupt. Im Gegensatz dazu ist der Wirtschaftsbau in fast allen Bereichen von schrumpfender Nachfrage geprägt.

Tiefbau stützt britischen Bausektor

Der Tiefbau ist mit einem durchschnittlichen jährlichen Wachstum von über 6% bis 2010 der einzige wirkliche Lichtblick im britischen Bausektor, wobei insbesondere vom Eisenbahnbau wichtige Impulse ausgehen werden. So ist etwa noch in diesem Jahr mit der Realisierung einiger Teilprojekte in Höhe von insgesamt 1,5 Mrd. € zu rechnen, die im Zusammenhang mit dem über 23 Mrd. € teuren »Crossrail«-Projekt stehen. Ziel ist es dabei, bis 2017 den Westen Londons mit dem Osten mittels einer modernen Expresslinie zu verbinden. Dafür sollen unter anderem fünf neue unterirdische Bahnhöfe entstehen. Zudem soll die erste Phase des »Thameslink Modernisation«-Programms (insgesamt gut 8 Mrd. €) – »Thameslink« steht dabei für eine die Hauptstadt in Nord-Süd-Richtung durchquerende Eisenbahnstrecke – bis zu den Olympischen Spielen abgeschlossen sein. Auch ist der Baubeginn mehrerer Kraftwerke sowie der Ausbau einiger Häfen für dieses bzw. nächstes Jahr geplant. Die heftigen Regenfälle in den Midlands und Yorkshire im letzten Sommer und die dadurch ausgelösten Flutkatastrophen haben überdies eine Diskussion darüber entfacht, ob die derzeit bestehenden Abwassersysteme noch die durch den Klimawandel erhöhten Niederschlagsmengen aufnehmen können.

Der italienische Wohnungsbau, auf den 2007 knapp die Hälfte aller in **Italien** erbrachten Bauleistungen entfiel, bricht voraussichtlich in diesem und im nächsten Jahr um jeweils rund 4% ein. Auch 2010 dürfte der Rückgang noch etwa 2% betragen. Während dabei im Renovierungs- und Modernisierungsbereich eine spürbare Verbesserung zu beobachten sein dürfte, wird der Neubau allem Anschein nach im gesamten Prognosezeitraum mit rund 7% p.a. erheblich schrumpfen. Hierfür ist neben der sinkenden Kaufkraft der Bevölkerung vor allem der wirtschaftliche Abschwung verantwortlich. Daneben hat der Nichtwohnhochbau seinen Expansionskurs nach einem Jahr wieder verlassen, wohingegen der Tiefbau mit geringen Raten wächst.

Spanien wird nach vielen Jahren des ungebremsten wirtschaftlichen Wachstums 2008 einen spürbaren Dämpfer erhalten (BIP: + 2,1% in 2008 nach 3,8% in 2007). 2009 dürfte sich die volkswirtschaftliche Expansion weiter verlangsamen (+ 1,6%). Die vergangenen 14 Jahre waren geprägt von einer Vielzahl positiver ökonomischer Faktoren. Zu nennen sind etwa die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte, die umfangreichen finanziellen Hilfen seitens der EU, der mehr oder weniger ungehinderte Zugang zu »billigem« Kapital, die aufgrund der immensen Zuwanderung in ausreichendem Maße zur Verfügung stehenden Arbeitskräfte, die Fortschritte im Infrastrukturbereich sowie die ausgeprägte Dynamik im Wohnungsbau in den letzten Jahren. Dabei haben es die jeweiligen Regierungen allerdings nicht geschafft, abseits des Bausektors, der im vergangenen Jahr über 20%

des Bruttoinlandproduktes ausmachte, auch andere Bereiche als wirtschaftliche Zugpferde zu etablieren. Darüber hinaus herrscht in Spanien seit Jahren eine hohe Inflation, die allerdings in Ländern, die sich in einem wirtschaftlichen Aufholprozess befinden, häufig zu beobachten ist. Auch hat die Verschuldung der privaten Haushalte über die Jahre hinweg sichtlich zugenommen. Die negativen Seiten des Aufschwungs bzw. die Versäumnisse der Politik werden gemeinhin erst in Schwächephasen wie derzeit offenbar, wenn es eigentlich zu spät ist.

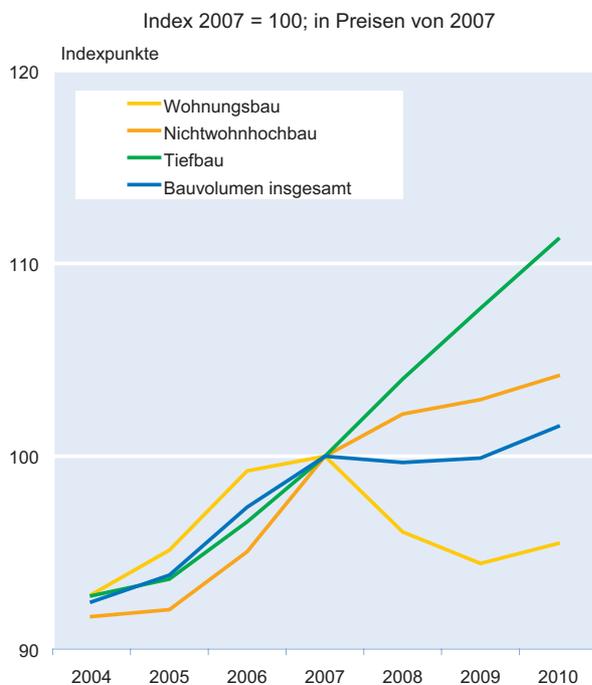
Spanischer Wohnungsbau in der Krise

Der Wohnungsneubau, der langjährige Wachstumstreiber sowohl der Bau- als auch der Gesamtwirtschaft, hat sich infolge der seit dem zweiten Halbjahr 2007 andauernden internationalen Finanzkrise zu einer ökonomischen Wachstumsbremse gewandelt. 2008 wird ein Rückgang um 18% erwartet, 2009 dürfte die Schrumpfung »nur« noch 16% betragen. Mittlerweile besteht ein enormes Überangebot an Wohnungen, von denen ein nicht zu vernachlässigender Teil von privaten Anlegern erworben wurde. Die Wohnungsbaubranche erstellte viel zu lange diese angeblich lukrativen Investitionsobjekte. Dass die Immobilienpreise nun deutlich fallen, war eigentlich vorhersehbar.

Die gegenwärtige wirtschaftliche Situation wirkt sich naturgemäß auch hemmend auf den Nichtwohnhochbau aus, wobei unter dem rückläufigen Konsum vor allem der Bau neuer Geschäftgebäude leidet (2008: – 3,0%). Auch die Errichtung neuer Lager- und Industriegebäude (2008: – 2,0% bzw. + 0,9%) dürfte vom ungünstigen konjunkturellen Klima negativ beeinflusst werden. Der Tiefbau wird 2008 voraussichtlich weniger stark wachsen, da die öffentliche Hand nach den im März dieses Jahres durchgeführten Parlamentswahlen zunächst nicht mit steigenden Ausgaben beeindruckt werden möchte. Einige geplante Infrastrukturprojekte dürften in der mittleren Frist allerdings wieder für Zuwachsraten von über 4% pro Jahr sorgen.

Die moderate Entwicklung des Bauvolumens in Europa bis 2010 resultiert in erster Linie aus kräftigen Zuwachsraten im Tiefbau von durchschnittlich rund 3¹/₂% p.a. (vgl. Abb. 5). Neben den fünf großen Flächenstaaten sind in diesem Zusammenhang vor allem Impulse aus Dänemark, Österreich, Polen, Portugal, Schweden, der Slowakei und Tschechien zu erwarten. In den meisten Fällen sorgen dabei groß angelegte Verkehrsprojekte für eine Dynamik im Infrastrukturbereich. So versucht etwa **Polen** im Hinblick auf die EURO 2012 in einem enormen Kraftakt sein Fernstraßennetz massiv auszubauen. Allerdings ist man aufgrund von verzögerten Baugenehmigungen bereits bei einer ganzen Reihe von Teilprojekten in zeitlichen Rückstand geraten. Überdies wird die rasche Erhöhung der Energiepreise einerseits sowie die

Abb. 5
Entwicklung des Bauvolumens in Europa nach Sparten



Quelle: Euroconstruct.

verschärften Vorgaben für CO₂-Emissionen in der EU andererseits dazu führen, dass in einigen Ländern neue Kraftwerke gebaut werden. Neben der Kernkraft setzt man dabei verstärkt auf Biomasse-, Wasser-, Geothermie- oder Solarkraftwerke. So ist beispielsweise in **Portugal** im Oktober letzten Jahres die Errichtung von insgesamt zehn neuen Wasserkraftwerken auf den Weg gebracht worden.

Neben dem Tiefbau dürfte sich auch der Nichtwohnhochbau bis zum Prognosehorizont überdurchschnittlich entwickeln. Das jährliche Wachstum zwischen 2008 und 2010 von im Schnitt knapp 1 1/2% kann es dabei jedoch nicht mit der Dynamik im Tiefbau aufnehmen. Hervorzuheben sind hierbei vor allem Polen, Portugal, Schweden, Tschechien und Ungarn. Während etwa in **Schweden** die im Nichtwohnhochbau überaus bedeutenden Bestandsmaßnahmen einen vergleichsweise kontinuierlichen positiven Verlauf gewährleisten, führt in **Tschechien** das günstige wirtschaftliche Umfeld zu erheblichen Investitionen der privaten Wirtschaft in die Errichtung neuer Industrie-, Geschäfts- und vor allem Lagergebäude. Die Bautätigkeit der öffentlichen Hand dürfte indes wie in den letzten Jahren recht stabil bleiben.

Der Wohnungsbau ist somit derzeit das große Sorgenkind der europäischen Bauwirtschaft. Seit 2006 dürften die Baugenehmigungen für Wohnungen in neuen Wohngebäuden um über 750 000 Einheiten auf gut 2,2 Mill. in 2008

zurückgegangen sein. Das Bauvolumen im Wohnungsbau wird bis 2010 aller Voraussicht nach im Durchschnitt um etwa 1 1/2% jährlich schrumpfen, wobei der Rückgang im Neubaubereich noch deutlich höher ausfällt. Neben Irland, Italien, Großbritannien und Spanien sind besonders die Märkte in den skandinavischen Ländern Dänemark, Finnland und Norwegen betroffen. In **Norwegen** sind z.B. nicht nur die Kreditzinsen für Wohneigentum spürbar angestiegen, sondern auch die Baupreise (2008: + 8,0%), was wiederum auf die höheren Löhne im Bausektor sowie auf eine spürbare Verteuerung von Baumaterialien zurückzuführen ist. Überdies bedient sich Norwegen seit geraumer Zeit billiger Arbeitskräfte aus den osteuropäischen Staaten, vornehmlich aus Polen. Mit dem Boom im europäischen Wohnungsbau in den Jahren 2004 bis 2006 ist es allerdings immer schwieriger geworden, diese ins Land zu locken. Und auch in der gegenwärtigen Abschwungphase mangelt es den polnischen Bauarbeitern nicht an alternativen Arbeitsmöglichkeiten.

Insgesamt bleibt festzuhalten, dass die europäischen Baumaßnahmen in diesem und im nächsten Jahr auf dem Niveau von 2007 verharren dürften. Wachstumsimpulse kommen dabei vom Tief- und in deutlich geringerem Umfang vom Nichtwohnhochbau. Der bedeutendste der drei Teilsparthen, der Wohnungsbau, wird dagegen merklich schrumpfen. Für 2010 ist aber sowohl für den Wohn- als auch für den Gesamtsektor mit einer Erholung zu rechnen. Die negativen gesamtwirtschaftlichen Entwicklungen in einigen der großen europäischen Flächenstaaten haben naturgemäß erhebliche Auswirkungen auf die Bauwirtschaft in Europa. Während in den zehn kleineren westeuropäischen Ländern bis 2010 im Durchschnitt von einem geringfügigen Wachstum auszugehen ist, sind dagegen die Aussichten in den vier osteuropäischen Staaten nach wie vor ausgezeichnet.

Literatur

- Carstensen, K., W. Nierhaus, K. Abberger, S. Elstner, S. Henzel, O. Hülsewig, J. Mayr, W. Meister, D. Ulbricht und T. Wollmershäuser (2008), »ifo Konjunkturprognose 2008/2009: Aufschwung geht zu Ende«, ifo Schnelldienst 61(12), 9–54.
- Euroconstruct (2008a), *European Construction Market Trends to 2010 – Country Report of the 65th Euroconstruct Conference*, hrsg. von CRESME Ricerche Spa, Rom.
- Euroconstruct (2008b), *European Construction Market Trends to 2010: Social Housing and Rehabilitation of Suburban Areas: Programmes to 2015 – Summary Report of the 65th Euroconstruct Conference*, hrsg. von CRESME Ricerche Spa, Rom.

ifo Institut für Wirtschaftsforschung

im Internet:

<http://www.ifo.de>

